

# Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Festtage Die Neue Welt): Ernst Wittmann, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Babian, Magdeburg. Druck und Verlag von W. Planck u. Co., Magdeburg. Geschäftsstelle: Jakobstraße 40, Fernspr. 1567. Redaktion und Druckerei: Gr. Mühlstr. 8. Fernspr. für Redaktion 1794, für Druckerei 801.

Pränumerando jährlicher Abonnementspreis: Alex. Meißner (inkl. Postgebühren) 3 Mk. 25 Pf., monatlich 30 Pf. Der Anzeigenteil in Deutschland monatlich 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 3.00 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährlich 3 Mk. monatlich 70 Pf. Bei den Postämtern 2.25 Mk. inkl. Postgebühren. Einzelne Nummern 5 Pf., Sonntags- und ältere Nummern 10 Pf. — Insetiondsgebühr: die sechsgehaltene Zeile 15 Pf., auswärts 20 Pf., im Bekanntheitszettel 30 Pf. Post-Zeitungsliste Beilage 300

Nr. 112.

Magdeburg, Mittwoch den 16. Mai 1906.

17. Jahrgang.

Die heutige Nummer umfasst 10 Seiten.

## Um den Achtstundentag.

Aus Paris wird der Magdeburger „Volksstimme“ geschrieben:

Durch die Wahlbewegung ist der Kampf, den ein großer Teil der organisierten Arbeiterchaft Frankreichs zurzeit um den Achtstundentag führt, etwas in den Hintergrund gedrängt worden. Der Kampf hat jedoch eine solche Ausdehnung gewonnen, er ist für die organisierte Arbeiterchaft von so großem Interesse — weil er die theoretischen Unterströmungen der französischen Gewerkschaftsbewegung zum erstenmal in der Praxis zum vollen Ausdruck bringt —, daß eine eingehende Würdigung am Plage ist. Ueber die Voraussetzungen des Kampfes ist hier bereits eingehend gesprochen worden. Das Experiment, das mit der Achtstundentagbewegung durchgeführt werden soll, ist einundeinhalb Jahre heiß diskutiert worden. Es handelt sich bei diesem Experiment im letzten Ende darum, zu erproben, wie weit die Gewerkschaftstaktik, die sich nicht auf die Einrichtung starker Organisationen verlegt, sondern auf die Pflege des „revolutionären Geistes“, um im geeigneten Augenblick die Massen mit sich fortzureißen, erfolgreich wirken kann. Um die „direkte Aktion“ selbst, d. h. um das revolutionäre Vorgehen, schaffeltum, wie vielfach mißverständlich angenommen wird, handelt es sich dabei nicht.

Ueber die genaue Zahl der zurzeit im Streik oder in der durch den Streik herbeigeführten Aussperrung sich befindenden Arbeiter liegen Berichte nicht vor, doch dürften es 150—200 000 sein. Das ist wenig, im Verhältnis zur Gesamtzahl der Arbeiter, viel, im Verhältnis zur Zahl der Streikenden. Der Streik tritt zunächst eine Erhebung hervor. Unter den Organisationen, die am lebhaftesten für die Bewegung vorher eintraten — und die oft sehr hart über die urteilten, die sich der Bewegung nicht angeschlossen —, sind eine große Anzahl, die den Kampf in der entscheidenden Stunde gar nicht aufnahmen oder nur an vereinzelten Punkten und auch hier ihn bald abbrachen. Hierher gehören die Schneider, die Glasarbeiter, die Landarbeiter des Südens und zum Teil die Metallarbeiter. Daß bei diesen Organisationen an eine wirkliche allgemeine Bewegung nicht zu denken war, konnte bei der Schwäche der Organisationen und anderen ungünstig wirkenden Umständen vorausgesehen werden. So zählten die Schneider in Paris bei etwa 50—60 000 in der Branche Beschäftigten nur 3—400 Organisierte. Die Bewegung der Schneider fiel denn auch gänzlich ins Wasser und nur die Pumphorenmacher setzten teilweise eine Lohnerhöhung durch.

Die Glasarbeiter traten nur an vereinzelten Orten in Aktion, jedoch ohne jeden Erfolg. Ähnlich so liegt es bei den Lederarbeitern, die gleichfalls an der Spitze der Bewegung marschiert waren, im entscheidenden Augenblick jedoch zum größten Teil versagten. Dieses Versagen liegt keineswegs an dem mangelnden Willen, sondern an dem Mangel einer starken Organisation. Dagegen finden wir gerade die Organisationen, die zu den „reformistischen“ gehören, zum Teil an der Spitze der Bewegung. Das sind die Buchdrucker und die Maschinenbauer. Die Bewegung der Buchdrucker ist eine vorbereitete; die der Maschinenbauer eine spontane.

In der Hauptsache beschränkt sich der Kampf auf Paris. In der Provinz kommen in Betracht Lyon, Toulon, Marseille, Saint-Etienne, Dünkirchen, Havre, Rive-du-Gier, Firming, Brest, Orient, Gennebont, Certe und noch einige Orte, wo die Bewegung entweder keine größere Ausdehnung gewann oder bald wieder erlosch. In Paris selbst dürften gegenwärtig über 100 000 Arbeiter teils im Streik, teils ausgesperrt sein. Die Angaben über die Zahl der beteiligten Arbeiter schwanken zwischen 100 000 und 140 000. Bemerkenswert ist, daß anfangs, d. h. am 2. Mai, nur 50—60 000 in Streik traten, wovon noch etwa 12 000 im Buchgewerbe beschäftigte Arbeiter, die bereits seit 14 Tagen sich im Ausstand befanden, abgezogen sind. Erst nach und nach scholl die Zahl der Streikenden, ganz besonders durch das spontane Vorgehen der Maschinenbauer, zur jetzigen Höhe auf.

Von einer allgemeinen, über ganz Frankreich sich erstreckenden Bewegung kann eigentlich nur bei den Buchdruckern gesprochen werden, dann höchstens noch bei den Bauarbeitern. Die Buchdrucker verfügen für französische Verhältnisse über eine ausgezeichnete Organisation. Sie haben die einzige Organisation, die über bedeutende Geldmittel verfügt (etwa eine halbe Million zu Beginn der Bewegung), hohe Beiträge erhebt (2—3 Frank pro Monat), ein ausgebautes Unterstützungsweien hat und straff gerichtet ist. Sie kämpfen um den Neunstundentag.

Ihr Kampf wäre bedeutend leichter gewesen, wenn sie selbst den Zeitpunkt hätten wählen können, da die Saison im Buchgewerbe im Frühjahr zu Ende ist. Die zu den neuen Bedingungen Arbeitenden müssen 10 Prozent des Lohnes zur Unterstützung der Streikenden abliefern. Außerdem beschloß jetzt das Internationale Bureau der Buchdrucker, eine Extrasteuer von 40 Pf. pro Woche auszusprechen, was einen Betrag von 40 000 Frank wöchentlich ergäbe.

Ganz anders liegt es bei den Bauarbeitern, die eine sehr schwache Organisation besitzen, jedoch durch die Saison begünstigt sind. In Paris allein befinden sich 50- bis 60 000 Bauarbeiter (Maurer, Stuckateure, Bautischler, Spengler, Zimmerer usw.) im Streik. Trotz der Bewachung der Bauplätze durch Militär ist es bisher zu keinerlei ernstlichen Zusammenstößen gekommen. Erwähnenswert ist, daß nach dem Leutnant Liffereand ein Unteroffizier seine Leute, die auf Verlangen eines Schutzmannes Streitende mit dem Kolben forttrieben, ansah, dann sich in die Reihen der Streikenden stellte und rief: „Es lebe der Streik! Es lebe die Soziale!“ Die Bauarbeiter, unter denen die Maurer in Paris den schwächsten, in der Provinz den stärksten Prozentatz stellen, kämpfen um den Achtstundentag. Die Erdarbeiter feiern in Paris in der Zahl von etwa 25 000. Teils streiken sie, teils sind sie ausgesperrt, da die Unternehmer die Arbeitsplätze nach Ausbruch des Streiks schlossen. Auch in einzelnen Provinzorten streiken Erdarbeiter. Sie kämpfen gleichfalls um den Achtstundentag. Die Wagenarbeiter feiern in Paris in der Zahl von etwa 25 000. Teils sind sie ausgesperrt, teils streiken sie. Die Wagenindustrie umfaßt Stellmacher, Anstreicher, Sattler u. a. Bewilligt hat ein Teil der Equipagenfabriken. Auch hier wird um den Achtstundentag — mit dem gleichen Lohn wie für 10 Stunden — gekämpft. Eine große Ausdehnung hat der Streik der Mechaniker und Maschinenbauer genommen, wovon er sich auf etwa 40 000 Arbeiter beschränkt. Es befinden sich gegenwärtig etwa 30 000 Arbeiter im Streik. Ursprünglich hatten sich die Maschinenbauer der Bewegung gar nicht angeschlossen. Die Bewegung entstand ganz spontan, sozusagen aus den Werkstätten heraus. Hier wird um den Neunstundentag gekämpft. Der Streik ist besonders in der blühenden Automobilindustrie stark. Die Forderung könnte nach Lage der Industrie sehr leicht bewilligt werden, jedoch gehören die Automobil- und Maschinenfabrikanten zu den verbissensten Scharfmachern. Es befinden sich unter ihnen besonders viel feudale Barone. In der übrigen Metallindustrie ist der Streik weniger stark. So in den Gießereien, Schmiedewerkstätten usw. Der Streik dehnt sich hier auch auf die Provinz aus. In der Holzindustrie ist der Streik, trotz der schwachen Organisation, infolge einiger günstig verlaufenen Teilstreiks, die kurz vorher stattfanden, gleichfalls ziemlich stark, doch beschränkt sich die Bewegung hauptsächlich auf die Pariser Möbelindustrie (Tischler, Bildhauer, Vergolber, Tapezierer). Hier wird um den Achtstundentag gekämpft. Im Streik befinden sich 6—8000.

Außerdem befinden sich noch die Goldarbeiter in Paris (zirka 3000) im Streik. In der Provinz ist die Streikbewegung besonders stark in Toulon und Lyon. In Lyon kommen vor allem die Textilarbeiter in Betracht, die um eine geringe Lohnerhöhung kämpfen. Im Streik befinden sich zurzeit erst die Färber, doch drohen die Unternehmer mit einer allgemeinen Aussperrung.

Ein abschließendes Urteil läßt sich über die Bewegung noch nicht geben. Bisher ist sie so verlaufen, wie ich auf Grund eingehenden Studiums der „Volksstimme“ über den wahrscheinlichen Verlauf berichtet hatte. Zu Unruhen ist es trotz aller Polizeiprovokationen unter der Patronatschaft Clemenceau-Friands noch nirgends gekommen. Die Spitzel sind mit der Auffindung von Bomben und der Entdeckung von Komplotten ungeheuer geschäftig. Den Sekretär und Kassierer der Konföderation, die man verhaftet hatte, weil sie — gemeinsam mit den Royalisten (!!) — ein Komplott zum Sturz der Republik geschmiedet haben sollen, sind wieder freigelassen worden. Nicht nur die Arbeiterchaft, sondern die gesamte Bevölkerung nimmt diese Spitzeltreibe so wenig ernst, daß sie sich nicht einmal entrüstet. Man lächelt darüber. Dieses Lächeln kann Herrn Clemenceau noch seinen Ministerstuhl kosten. Inzwischen wächst die Bewegung noch.

## Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 15. Mai 1906.

### Ein Schnorrer und Verschwörer.

Die bürgerliche Presse ohne Unterschied der Partei feiert das Andenken des amerikanischen Staatsmannes und Generals Carl Schurz, der am Sonntag in New-York

gestorben ist. Auch die „Nordd. Allgem. Ztg.“ nimmt an erster Stelle von dem Hinscheiden des aus Deutschland stammenden fremdländischen Politikers Notiz; sie weiß aber ihren Lesern aus der deutschen Vergangenheit des Verstorbenen nur soviel zu erzählen: „Carl Schurz, 1829 in Wöhr bei Köln geboren, lebte seit 1852 in Amerika. Dort wurde er bald einer der einflussreichsten Führer der republikanischen Partei.“

Das Organ der preussischen Regierung schämt sich der Tatsache, daß es in Preußen einmal eine Revolution gegeben hat, so sehr, daß sie über die Umstände, denen Schurz seinen deutschen Ruhm verdankt, mit verlegenem Schweigen hinhinwegfährt. Kein Wort davon, daß Schurz ein alter Achtundvierziger war, daß er mit Marx, Schapper, Kinkel u. a. an der Spitze der rheinischen Demokratie stand, später als Soldat der deutschen Revolution am Sturm auf das Siegener Zeughaus teilnahm, bei Rastatt gefangen und wieder flüchtig, verkleidet und mit falschen Papieren nach Deutschland zurückkehrte, um mit ungeheurer Kühnheit den Dichter Kinkel aus der Spandauer Festung zu befreien. Die „Nordd. Allgem. Ztg.“ nennt Schurz „den bedeutendsten Vertreter der zahlreichen Deutschen, die jenseits des Ozeans eine zweite Heimat gefunden haben“ — daß er aus seiner ersten Heimat, dem Lande der Hohenzollern, als ein verzweifelter Patriot, als ein Gehefter und Verfolger geflohen war, davon weiß das Organ der preussischen Regierung kein Wortchen zu erzählen!

Die schamhafte Verschwiegenheit der „Norddeutschen“ hat ihre guten Gründe nicht nur in der allgemeinen Abneigung aller Bülow's und Bethmann's vor dem „Audergeruch der Revolution“, sondern auch in den besonderen zeitlichen Umständen, unter welchen sich die Offiziösen ihre Totenklage vom Herzen abpressen mußte. Am Sonnabend, in den Verhandlungen des preussischen Abgeordnetenhauses, hat sich Preußen brutaler denn je als das Land gezeigt, das die „politisch Verdächtigen“ des Auslandes Schonungslos von dannen heßt. Wie jetzt die russischen Studenten nach Preußen, so kam der Student Carl Schurz vor 54 Jahren nach Amerika. Man denke, vor vierundfünfzig Jahren — damals schon haben die vereinigten Freistaaten Pflichten des Gastrechts und der Humanität geübt, die der ostelbische Junkerstaat heute noch mit Füßen zu treten sich erdreistet! Sie haben den „Schnorrer und Verschwörer“ aus Preußen nicht nur bei sich geduldet, sondern ihn zu ihrem Bürger erhoben, und jene Schätze der „Begabung, Tatkraft und des Charakters“, die die „Norddeutsche“ heute dem Toten nachrühmt, die aber der preussische Polizeistaat einst standrechtlich wollte, haben sie in Dienste der Deffentlichkeit nutzbar gemacht.

Hätten vor 54 Jahren alle Staaten jene erhabenen Grundsätze gehandhabt, die heute noch in Preußen im Schwange sind, so wäre Carl Schurz hinter der Ecke freigelegt. Und das wäre den Sachwaltern der preussischen Junkerkaste offenbar auch das Liebste gewesen. Damals wäre sein Tod ihnen nicht so ungelogen gekommen wie jetzt, da er sie zwingt, sich selbst an den Pranger zu stellen.

Das Gute, das Amerika vor 54 Jahren an Carl Schurz getan, bedeutet für das Preußen der Schnorrer- und Verschwörerheute noch eine brennende moralische Züchtigung. Man begreift, daß die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ nicht gern davon spricht! —

### Gegen den Polizeiminister.

Der „Vorwärts“ erhält folgende Zuschrift:

Als Vertreter des russischen Kaufmanns, der in die Affäre Schöne-bon-Brodhufen verwickelt ist, weise ich die am 12. d. M. im preussischen Abgeordnetenhaus von dem Minister des Innern gegen meinen Klienten erhobene Verdächtigung, mein Klient scheine sich dem Kriminalkommissar Schöne zuerst zur Spionage gegen sein Vaterland angeboten zu haben und erst später andern Sinnes geworden zu sein, nachdrücklich zurück. Diese Verdächtigung ist erweislich unzutreffend. Ich werde das in aller Kürze eingehend darlegen, bitte Sie aber, diese Zeilen schon heute zu veröffentlichen, damit die Auslassungen des Ministers nicht einen Tag länger un widerprochen bleiben.

Berlin, den 13. Mai 1906.

R. Liebknecht, Rechtsanwalt.

Der preussische Polizeiminister wird mit großem Unbehagen der in Aussicht gestellten Darlegung entgegensehen. Es gibt trotz allem noch eine Deffentlichkeit außerhalb des Dreiklassenhauses, die wagt und richtet. —

### Bankierstag.

Der Reichstag thien sich am Montag nach des Genossen Singer treffendem Worte in einem Bankierstag



verwandelt zu haben. Mit der breiten Erörterung der internsten Angelegenheiten der Burg- und Wehrenstraße schlugen die Koryphäen der Berliner Wankokratie, die Kämpf junior und Wommsen junior die Zeit des Reichstags tot.

Unsere Fraktion stimmte der zur Verhandlung stehenden Novelle zum Einkommensgesetz im wesentlichen zu. In ihrem Namen erklärte Singer ihr Einverständnis zu Verhüttungsmaßnahmen gegenüber Steuerhinterziehungen seitens der Aktiengesellschaften und zur Befreiung der Reichs- und Staatspapiere von der Stempelsteuer. Wir verlangten außerdem eine Ausdehnung der Steuerfreiheit auf die Kommunalpapiere, eine Forderung, die von den freisinnigen Mannesleuten zaghaft fallen gelassen wurde und die die Mehrheit des Hauses auf ein Augenwinkern vom Regierungstisch her ablenkte.

Schnell wurde die erste Lesung der Vorlage über Schaffung von Reichsklassensteuern zu 10 Mark beendet. Die Bornahme auch der zweiten Lesung scheiterte an dem Widerspruch des Dr. Arendt, der seine Talerebe noch nicht ausgearbeitet hatte und deshalb mit Erfolg die Beschlussfähigkeit des Hauses bezweifelte.

Am Dienstag sollen die Diäten in Sicherheit gebracht und, wenn dann noch Zeit übrig ist, das Mantelgesetz, sozusagen die Umhüllung zu dem lieblichen Steuerbukett, in Angriff genommen werden.

### Betriebs- und Wohngemeinde.

Im Abgeordnetenhaus wurde am Montag der Antrag des Abg. Frhrn. v. Hedlich (freikons.) auf stärkere Heranziehung der Betriebsgemeinden zu den Lasten der Wohngemeinden in einer durch einen nationalliberalen Antrag etwas abgemilderten Form in zweiter Beratung angenommen.

Ferner wurde angenommen eine freisinnige Resolution, die eine Reform des Kommunalabgabengesetzes verlangt. Ein konservativer Antrag auf Heranziehung aller Wirtschaftskreise zur Einkommensteuer wurde der Handels- und Gewerbekommission überwiesen, während ein Antrag des Freikonservativen Dr. v. Wogna, wonach auf Staatsfonds übernommen werden sollen die von den Pächtern von Staatsdomänen infolge des neuen Kreis- und Provinzialabgabengesetzes zu zahlenden erhöhten Kreissteuern, der Regierung zur Erwägung überwiesen wurde.

Schließlich wurde die Novelle zum Einkommen- und Ergänzungsteuergesetz mit all den Verschlechterungen, die in der zweiten Lesung beschlossen worden sind, in dritter Beratung erledigt. Am Dienstag wird der oben erwähnte Antrag v. Hedlich in dritter und das Sekundärabgabengesetz in zweiter Beratung verhandelt werden.

### Erfolg der Obstruktion.

Im Schwarzburg-Rudolstädter Landtag wurde am Montag die Beratung der Anträge zum Landtagswahlgesetz fortgesetzt. Nachdem am Sonnabend unsere Genossen durch zweimalige Obstruktion die Verschlechterungsanträge der konservativen Gegner verteidigt hatten, versuchten diese wiederum die Durchsetzung ihrer Forderung.

Der Abstimmung ging eine erregte 1½stündige Geschäftsordnungsdebatte voraus, da die Gegner versuchten, die Geschäftsordnung zu ihren Gunsten zu verewaltigen. Der Antrag der Höchstbesteuerten, den Wahlzensus von 120 auf 300 Mark zu erhöhen, wurde dadurch zu Fall gebracht, daß unsere Genossen wiederum den Sitzungssaal verließen und so zum drittenmal die Verschlussfähigkeit des Landtags herbeiführten.

Angeichts der Beharrlichkeit der Roten blieb dem Präsidium nichts anderes übrig, als eine halbe Stunde später eine neue Sitzung mit anderer Tagesordnung einzuberufen. Die bürgerlichen Wahlrechtsverschlechterer scheinen nunmehr ihre Anträge eingezogen zu haben. Die tollkühnen Attentate wären damit zurückgeschlagen. Allerdings ist nach der am Sonnabend erfolgten Ablehnung der sozialdemokratischen Verbesserungsanträge vorläufig auch jede Aussicht beseitigt, das Wahlgesetz für die Winderbemittelten günstiger zu gestalten.

### Italienisches.

Den 15 sozialdemokratischen Abgeordneten, die ihre Mandate niedergelegt haben, sind nun noch zwölf andre gefolgt, so daß im ganzen 27 Nachwahlen stattgefunden haben. Da die Fraktion 32 Mitglieder zählt, haben sich also nur wenige von der Massenemission ausgeschlossen. Die Ersatzwahlen sind auf den Pfingstsonntag anberaumt, sie werden von heftigen Wahlkämpfen begleitet sein, da die konstitutionellen glauben, sie könnten eine Anzahl der sozialistischen Mandate erobern.

Die Mandatsniederlegung hat für die Genossen Ferri und Lo Deschi in die Folge, daß zwei gegen sie verhängte Gefängnisstrafen rechtskräftig werden. Doch hat der Justizminister bereits Ferri, der 4 Monate Gefängnis wegen Beleidigung des Admirals Bettolo verbüßen soll, Strafaufschub gewährt. Die Mandatsniederlegung hat in ganz Italien große Aufregung hervorgerufen und bereits spricht man von einer Ministerkrise. Es wäre in der Tat nicht unmöglich, daß das Ministerium Sonnino gestürzt würde, da es bisher sein Dasein hauptsächlich durch die Gnade der Sozialisten freizog.

## Die russische Revolution.

### Die russische Maiseier.

Der russische Kalender bringt das Datum des 1. Mai, wenn die übrige Welt schon den 14. Mai schreibt. Der Jazismus hat es beständig verschmäht, die astronomische Wissenschaft anzuerkennen. Sie war ihm seit jeher zu revolutionär.

Die zum Massenbewußtsein erweckten russischen Arbeiter sind daher gezwungen, in der internationalen Maiseier um 13 Tage nachzuschlagen, wenn sie eine Wirkung auf die

Arbeitsbrüder und die sonstige Bevölkerung erzielen wollen. Soweit bisher Nachrichten über den Verlauf vorliegen, haben die Arbeiter die aufgezwungene Verspätung mit einer umfassen den Arbeitsschneidung quittiert. In den großen Städten Petersburg, Warschau, Moskau, Odessa, Riga und in den Industriezentren Polens ruhte jede Arbeit. Nicht allein die Fabriken standen still, auch die Straßenbahnen und die Droschken verkehrten nicht; die Druckereien lieferten keine Zeitungen und die Wäckerlein kein Brot.

Wen voran stellte die Duma ihre Arbeit ein; sie hielt zur Feier der Völkerbrüderung keine Sitzung ab. Freivolig haben die konstitutionellen Demokraten natürlich nicht gefeiert; als Vertreter des Liberalismus tragen sie innerlich gar kein Verlangen danach. Außerlich aber zögerten sie keinen Augenblick, der Macht der Arbeiter diese Heberenz zu erweisen. Der Vorgang zeigt klar, wie einflußreich die Klassenbewußten Arbeiter in Rußland sind, wiewohl die verschiedenen Gruppen der russischen Sozialdemokratie offiziell nicht in der Duma vertreten sind.

### Zwei Hinrichtungen.

Am Tage der Maiseier sind zwei Zarenstürzen der Volksvertretung zum Opfer gefallen. Zwei Attentate fanden statt; das eine in Petersburg, das andre in Warschau. Beide hatten den Erfolg, den sie haben sollten.

In Petersburg fand der Admiral Kusmitsch den Tod. Er hatte den Posten eines Chefs der neuen staatlichen Schiffswerft und war wegen seiner Härte und Grausamkeit bei den Arbeitern längst verhaßt. Am Morgen des Montag erschien er, um „seine“ Arbeiter von der Maiseier zurückschickeln. Bei dieser staatszerhaltenden Tätigkeit wurde er von einem der empörten Arbeiter mit einer Eisenstange erschlagen oder — nach einer andern Angabe — mit einem Messer erstochen. Unmittelbar nach dem Attentat verstarb die Zarenstücker. Den Täter scheint man in der Aufregung, die dem Vorfall folgte, nicht erwischt zu haben. Der eifertige bürgerliche Draht meldet wenigstens nichts davon.

Am Abend desselben Tages fand in Warschau der Polizeikommissar und Hauptmann Konstantinow den tausendfach verdienten Lohn für all die Schandtaten, die er an Revolutionären begangen hat. Der Zarenstürzer hatte auf der Straße Dienst, als eine Bombe gegen ihn geschleudert wurde, die ihn buchstäblich in Fetzen zerriss. Mit ihm fanden fünf weitere Polizisten den Tod. Der Täter wurde selbst verletzt, konnte aber noch fliehen und schloß seine Flucht durch Revolvergeschüsse, die er auf die andrängenden Polizisten abgab. Nachdem er entwischt war, erschien Militär auf dem Platze. In der Wut über die gelungene Flucht des Täters ließ der Führer der Soldateska auf die angeammelten Menschen Feuer geben, durch das drei Männer getötet und 19 Personen schwer verwundet wurden. Das Volk wird sich diesen Führer merken und Rache nehmen.

### Letzte Nachrichten.

Hd. Riga, 15. Mai. Nachdem die Maiseiernden im Laufe des Tages die Verbindung Riga-Petersburg und Riga-Berlin zerbrochen, die Schließung der Geschäfte sowie die Einstellung des Straßenbahnverkehrs erzwingen hatten, schritt Militär ein. Mehrere hundert Verhaftungen wurden vorgenommen.

Hd. Odessa, 15. Mai. Hier ist die Maiseier ruhig verlaufen. Sämtliche Fabrikarbeiter, die Geher und die Schuljugend feierten. Die Handelsgeschäfte waren dagegen offen. Hier herrscht eine gehobene Stimmung, da nach Petersburger Informationen die allgemeine Amnestie bevorsteht.

Hd. Petersburg, 15. Mai. (Privattelegr. d. „Volksst.“) „Nowoje Wremja“ teilt mit, daß im Ministerrat von der Möglichkeit der Gewährung einer Amnestie gesprochen worden sei. Auch sei im Ministerrat die Auflösung der Duma wegen ihres oppositionellen Charakters zur Sprache gekommen. Es sei aber hinzugefügt worden, daß die Auflösung nicht wünschenswert, sondern im Gegenteil gefährlich sei.

## Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, 15. Mai 1906.

### Aufreizung zum Klassenhaß.

In dem Prozeß wegen des Flugblattes am roten Sonntag wurde heute vormittag das Urteil verkündet. Vor 8 Tagen hatte der Staatsanwalt beantragt, die Genossen Holzappel, Bethge, Haupt, Lademacher, Gorgas und Vater zu je sechs Wochen Gefängnis zu verurteilen, den Genossen Brüning und Freizuprechen. Die Strafkammer fällte folgendes Urteil:

Die Angeklagten Holzappel, Bethge und Haupt werden zu je 6 Wochen Gefängnis verurteilt. Gegen Lademacher, Gorgas, Vater und Brüning wird auf Freisprechung erkannt.

Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Kötzing, begann die Begründung des Urteils mit dem Bemerkten, daß es ausgefertigt und unterschrieben vorliege. In der Einladung zur Verbreitung des Flugblattes sei selbst von einem „geharnischten“ Flugblatt die Rede gewesen. In dem Flugblatt werde auf Rußland hingewiesen, die Anwendung aller Mittel empfohlen und gesagt, die brutale Klassenzerstörung müsse gebrochen werden.

Das Gericht habe nun die Worte „zu Boden schlagen“, „brechen“, „stürzen“ an und für sich bildlich genommen. Es sei deswegen objektiv eine Aufreizung in dem Flugblatt nicht erhalten. Mit Rücksicht auf den Hinweis auf Rußland, auf die Empfehlung aller Mittel, auf die vom Gericht als notorisch festgestellte Tatsache, daß in Dresden und Hamburg die untere Bevölkerungsklasse in der Wahlrechtsbewegung zu den Waffen gegriffen habe, mit Rücksicht weiter darauf, daß in der Verbreitungseinladung von einem geharnischten Flugblatt gesprochen werde, sei aber anzunehmen, daß der Inhalt des Flugblattes den Eindruck auf die arbeitslose Bevölkerung mache, daß sie mit allen Mitteln zur Durchsetzung ihres Willens vorzugehen habe. Das Flugblatt sei daher geeignet, Reizung zu gewalttätiger Stimmung hervorzurufen. Damit wäre eine Störung des öffentlichen Lebens und ein Gefühl der öffentlichen Rechtsunsicherheit verbunden. Es liege also unter diesen Umständen eine Aufforderung vor, Gewalt anzuwenden. Die Aufforderung richte sich an die

untere Wählerklasse gegen die wahrlich besser Situierten. Es lagen also zwei abgeklärte Klassen vor, die gegen einander zur Gewaltanwendung aufgereizt seien. Damit seien die Merkmale des § 130 des Strafgesetzbuchs gegeben.

Die Angeklagten Holzappel und Bethge hätten zugegeben, den Inhalt gekannt zu haben, der eine als Redakteur, der andre als Drucker. Sie seien also des Vergehens gegen § 130 schuldig. Der Angeklagte Haupt sei Stadtverordneter und an öffentlichen Leben lebhaft interessiert. Er besitze ungewisselhaft die Fähigkeit, die Tendenz des Flugblattes zu erkennen. Es sei auch anzunehmen, daß er bei seiner Stellung als Führer der Partei Gelegenheit gehabt habe, von dem Inhalt des Flugblattes Kenntnis zu nehmen und daß er auch davon Kenntnis genommen habe. Er habe sich daher auch strafbar gemacht. Außerdem seien diese drei Angeklagten vorbestraft, was das Gericht bei der Urteilsbemessung in Betracht gezogen habe.

Den andern Angeklagten habe nicht nachgewiesen werden können, daß sie den Inhalt gekannt hätten. Unter Berücksichtigung des Umstandes, daß ihnen nur etwa eine halbe Stunde am Morgen zur Verfügung gestanden habe, sei die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß diese Angeklagten über den Inhalt des Flugblattes in Ankenntnis gewesen seien. Gegen diese Angeklagten sei daher auf Freisprechung erkannt worden.

Die Magdeburger Richter haben sich also bei drei der Angeklagten dem Strafantrag angeschlossen, den vor 8 Tagen der Herr Staatsanwaltschaftsrat Hildebrandt unerschiedslos gegen die sechs zur Verurteilung empfohlenen Sünder vorschlug. So leicht wie die Begründung des Strafantrags konnte sich das Gericht allerdings die Begründung des Urteils nicht machen. Herr Hildebrandt hatte auf jeden Versuch verzichtet, den Inhalt des Flugblattes als aufreizend nachzuweisen. Sein sogen. Plaidoyer paßte vielmehr in eine Versammlung des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie als in einen Gerichtssaal, aus dem nach der herrschenden Auffassung die Politik verbannt sein soll, und seine Argumente hatten nichts mit der Juristerei, dafür aber um so mehr mit den Tiraden der berüchtigten Scharfmacher zu tun, die in den „Hamburger Nachrichten“, der „Kreuzzeitung“ und der „Post“ das große Wort führen. Bei der ersten Publizistik, einerlei welcher Parteirichtung sie dient, haben solche Auslassungen schon längst allen Kurs verloren, die soziale Wissenschaft gar hat nur ein Lächeln des Mitleids für die Vertreter jener wirren Revolutionsphantastik übrig, die der Sozialdemokratie die Absicht einer gewalttätigen Umwälzung der bestehenden Verhältnisse unterstellt; Herr Hildebrandt aber fand, damit ließe sich recht gut die Bestrafung sozialdemokratischer Flugblattverteiler begründen.

Das Gericht konnte dieser Logik des Staatsanwalts nicht folgen. Wenn es zur Verurteilung gelangen wollte, mußte es nachweisen, daß der Inhalt des Flugblattes aufreizend wirke und es mußte ferner den Nachweis führen, daß die Angeklagten das Flugblatt vor der Verteilung gelesen hatte. Und das, was der Staatsanwalt für so aussichtslos gehalten hatte, daß er es nicht den Versuch unternahm, es zu lesen, das hat das Gericht nun zuwege gebracht.

Der Staatsanwalt hat das Gericht zuwege gebracht, daß er zwar anerkannt, daß der „Kampf“, zu dem das Flugblatt aufforderte, nicht im Bomben- und Hengabelsinne aufzufassen ist, weshalb das Flugblatt objektiv gar keine Aufreizung enthalten kann, aber — so deduzieren die Richter weiter — wer weiß, ob alle Leute, die das Flugblatt in die Hände bekamen, so dachten. Zwar ist in Magdeburg die einzige Störung der Ruhe und Ordnung am 21. Januar und 18. März, die vorkam, durch die Polizei erfolgt und das einzige Blut, das floß, war das Blut von Polizeibeamten, die sich selbst am scharfen Säbel verletzten oder durch ihre Kameraden erschossen wurden, — aber in Hamburg und Dresden, so behauptet das Urteil, haben bei der Wahlrechtsbewegung „die unteren Bevölkerungsklassen zu den Waffen gegriffen“. Für das Gericht ist das „notorisch“, für alle andern Leute, die jene Vorgänge verfolgten, ist „notorisch“, daß in Dresden eine Anzahl Arbeiter ins Gefängnis wandern mußten, weil sie infolge überflüssiger Straßensperrungen mit Schugleuten in Konflikt gerieten, wobei höchstensfalls die Waffen der Schugleute eine Rolle spielten, während die Hamburger Schopenhofkrawalle mit der Wahlrechtsbewegung der Hamburger Arbeiter nicht das geringste zu tun hatten, aber den Genossen Holzappel, Bethge und Haupt verhalfen die Vorgänge in Hamburg und Dresden doch zu 6 Wochen Gefängnis.

Das zweite belastende Moment ist der Hinweis auf Rußland. Unter Anwendung aller Mittel habe man dort Revolution gemacht, so stehe im Flugblatt, meinen die Richter, und das könne als Empfehlung aufgefaßt werden, auch in Deutschland alle Mittel anzuwenden. Das Gericht hätte nur auch sagen sollen, daß von allen Mitteln, die im absoluten Polizeistaat zur Anwendung gelangen müssen, im Flugblatt die Rede ist und sowenig wir von der ganzen preußischen Herrlichkeit auch sein halten: daß Preußen ein absoluter Polizeistaat gleich Rußland ist, haben wir bisher noch nicht angenommen.

So ist denn unter Anwendung der gewagten Interpretationsmöglichkeiten, die der Aufreizungsparagraph zuläßt, Herrn Hildebrandt die Genugtuung geworden, daß das Gericht wenigstens bei drei Angeklagten seinem Strafantrag folgte. Er wird es überwinden, daß seine Begründung nicht auch akzeptiert wurde, und die Freisprechung der übrigen vier „Verbrecher“ mag ihn auch nicht allzu schwer treffen. Es ging beim besten Willen nicht anders, weil sie das Flugblatt nicht gekannt haben. Die Sozialdemokratie aber hat keinen Anlaß zum Trübsalblasen. Ist sie es doch erfahrungsgemäß nicht, die bei solchen Prozeßen etwas verliert. Es ist ein morscher Boden, auf dem die Herrlichkeit des preußischen Dreikönigswahlrechts ruht, das ist mämmiglich bekannt und fester wird seine Grundlage sicher nicht, wenn man es mit solchen Urteilen vor der Kritik zu schätzen sucht.



### Billigere Viehpreise.

Wie wir schon kurz erwähnten, sind die Viehpreise allmählich im Rückgang begriffen. Auch die „Arbeitsmarkt-Korrespondenz“ konstatiert das. Sie schreibt:

Die Viehpreise gehen zurück. Der Abschlag im Monat April ist ganz bedeutend; ob und wie lange diese wechende Tendenz anhalten wird, ist noch nicht zu sagen; Tatsache ist, daß seit Beginn der allgemeinen Teuerung noch nie ein so starker Preisrückgang eingetreten ist, wie von März auf April. Die Schlachtviehpreise an einer Reihe der wichtigsten Viehmärkte stehen jetzt etwa auf dem gleichen Stand des Vorjahres, an einigen Plätzen über, an andern unter dem vorjährigen Niveau. Der Umstand, daß schon im April 1906 die Viehpreise recht hoch standen, ist zwar nicht zu ignorieren, doch ist trotzdem der Vergleich mit dem Vorjahr von hoher Wichtigkeit. Schon in Anbetracht dessen, daß bei Beginn der landwirtschaftlichen Saison der Viehbestand mäßigst zu halten gesucht wird und die Preise sich meist erhöhen, verdient die gegenwärtige Verbilligung besondere Beachtung. Die Preisbewegung am Viehmarkt ist doppelt bemerkenswert, da sie besonders bei Schweinen zum Ausdruck kommt. An einigen der wichtigsten deutschen Viehmärkte betragen nämlich die Preise für Schweine pro 50 Kilo Schlachtgewicht Mitte des Monats in Mark:

	April 1906	März 1906	April 1906
Berlin	68-68	68-75	65-68
Breslau	68-70	61-09	64-68
Dresden	60-69	70-82	60-68
Leipzig	69-65	68-78	68-66
Hamburg	67-68	70-76	68-64
Dortmund	68-65	70-77	69-66
Köln	66-68	67-78	68-69
Eiberfeld	60-66	72-78	68-68

Auch in andern Städten fielen die Schweinepreise kräftig; höher als in den Vormonaten stehen sie nirgends. Dabei waren sie schon im März etwas heruntergegangen. Nicht ganz so merklich wie bei Schweinen ist der Preisfall bei Rindvieh und Schafen; jedoch fand auch hier eine Verbilligung statt. Auffallend ist es nun, daß sich im Fleischhandel noch keinerlei Preisänderungen zeigen. Trotzdem der Preisrückgang für Vieh, insbesondere für Schweine, nun schon länger als zwei Monate anhält, wenn er auch zuerst nicht so starke Fortschritte machte wie in letzter Zeit, so stehen die Schweinefleischpreise noch immer auf dem hohen Stande des Vormonats. Für 1 Kilo Schweinefleisch, das Mitte April 1906 in Berlin 1,20 bis 1,80 Mark gekostet hatte, werden in diesem Jahre 1,40 bis 2 Mark bezahlt. Auch die Preise für andre Fleischsorten zeigen noch keine Veränderung.

Jedenfalls kann auch nach diesen Feststellungen der „Arbeitsmarkt-Korrespondenz“ nicht auf eine derartige Verbilligung der Fleischpreise gerechnet werden, daß sie den ärmeren Volksschichten wirklichen Nutzen brächte. Das wird erst dann der Fall sein können, wenn durch die Beseitigung der Grenzsperrung der Ring unserer heimischen Viehproduzenten gebrochen sein wird.

Die Bezirksversammlungen des Sozialdemokratischen Vereins finden nächste Woche statt. Die Bezirke Budau und Sudenburg halten ihre Versammlungen am Montag den 21. Mai ab. Für die Bezirke Wilhelmstadt, Alte und Neue Neustadt, Magdeburg-Stid und Nord sind sie auf Dienstag den 22. Mai angesetzt worden. In allen Versammlungen werden Vorträge gehalten werden, in denen ganz besonders das von der bürgerlichen Stadtverordnetenmehrheit gegen die Sozialdemokraten angenommene Ausnahmengesetz besprochen werden wird. Die Forderung der Stadtverordnetenmehrheit ist es namentlich, daß Massenbesuch der Versammlungen dringend geboten erscheint. Die lebhafteste Agitation ist also unbedingt nötig.

Zur Ausperrung der Maler. Am Montag wurde von dem Arbeitgeberverband ein Trupp Arbeitswilliger, der von Agenten angeworben war, erwartet. Eine Deputation, mit frisch beschafften Westen als Erkennungszeichen, sollte ihnen einen würdigen Empfang bereiten. Doch leider mußte man ohne die sehnlichst Erwarteten wieder abgehen. Während der Malermeister Holz, der sich noch den Schutz des am Bahnhof postierten Schutzmanns gesichert hatte, den Transport in Empfang nehmen sollte, waren bei dem Malermeister Frinke die Hauptpersonen des Scharfmacherverbandes versammelt, um die Aufsammlungen unter sich zu verteilen. Doch mit langen Gesichtern zogen sie wie die betäubten Hühner wieder von dannen. Die großartige Aktion war ins Wasser gefallen; die vielen Annoncen und die vielen Reisen bringen doch nicht den erhofften Erfolg. In früheren Jahren wurden bei Streiks häufig Genossenschaften von Seiten der Streikenden gegründet. Bei der gegenwärtigen Ausperrung scheint dieser Gedanke unter den Meistern Platz gegriffen zu haben, und zwar hat als erster der Malermeister Ernst Schulz, Schrodorferstraße, diesen Gedanken verwirklicht. Er hat seine Arbeitswilligen als Geschäftsteilhaber erklärt. Ueber eine Versammlung des Arbeitgeberverbandes, die am Sonntag abend stattfand, berichtet die „Magdeburger Zeitung“. Danach hat der Vorsitzende mitgeteilt, daß sich auf die Inzertate so viel Arbeitswillige gemeldet hätten, daß „die ersten Stellen fast besetzt“ sind. „Fast“ täglich liefen weitere Meldungen ein. Hoffentlich werden die Arbeitgeber nicht überschmeimend von Arbeitswilligen, daß diese ihnen nicht noch zur Plage werden. Auf etwaige Uebergänge von Streikposten will man besonders achten. Dann wurde noch konstatiert, daß die Arbeitgeber an dem mit den Tisch-Dummkocher vereinbarten Lohnzins auf jeden Fall festhalten. Solange wie's dauert!

Der Ausstand der Kupferschmiede bei der Firma Moller u. Schulte dauert ununterbrochen fort. Es haben bereits am Sonntag Verhandlungen stattgefunden, deren Resultat aber von einer überaus stark besuchten Kupferschmiede-Versammlung abgelehnt wurde. Die Firmen-Inhaber haben sich über unsere Notiz am Sonntag sehr aufgeregt, weil dieselbe nicht der Wahrheit entsprechen soll. Der Gewahregelte soll nicht entlassen worden sein, sondern seine Papiere gefordert haben. Zur Steuer der Wahrheit muß hier aber bemerkt werden, daß dem Gewahregelten wiederholt mitgeteilt ist, für ihn sei in der Werkstatt keine Arbeit da, wenn er nicht unter dem Lohnzins auf Montage gehe. Uebrigens haben ja die Herren Firmen-Inhaber einen Tag zuvor die geschmackvolle Versicherung getan, es sei am besten, die ganze Bande herauszuschmeißen und den Betrieb ganz zu schließen. Deshalb ist die übertriebene Empfindlichkeit um so weniger verständlich.

Achtung, Maurer und Bauarbeiter! Am Donnerstag dieser Woche wird eine Baustellenstatistik aufgenommen, um festzustellen, wieviel Maurer und Bauarbeiter in Magdeburg und Umgebung beschäftigt sind, ferner wie die Bauarbeiterzahl sich Bestimmungen durchgesetzt werden und ob der im Tarif festgesetzte Stundenlohn gezahlt wird. Die Fragebogen werden sämtlichen Baudeputierten am Donnerstag im Laufe des Tages auf den Bauten und Arbeitsstellen zugestellt. Sollte eine Arbeitsstelle übersehen werden, so sind die Kollegen verpflichtet, dies sofort im Baudeputierten-Büro der Maurer oder der Bauarbeiter zu melden. Am Freitag findet eine Baudeputierten-Versammlung im „Luisenpark“ statt, zu welcher sämtliche Fragebogen ausgefüllt mitzubringen sind. Sollte die Wahl eines Baudeputierten auf den Bauten und Arbeitsstellen noch nicht erfolgt sein, so ist die Wahl sofort vorzunehmen. Jeder Bau und jede Arbeitsstelle muß in der Versammlung vertreten sein; jeder anwesende Deputierte erhält in der Versammlung eine Legitimation, welche am andern Tag auf der Baustelle den Kollegen vorgelegt wird.

Auf dem Bau des Unternehmers Bercht, Königsgrabenstraße, sind zwischen diesem und Lina Hall und Steinbrüggern Verhandlungen ausgebrochen. Die dort beschäftigten Maurer sind in Solidarität gezogen; dieselben haben sämtlich Ferienurlaub bekommen. Es ist die

alte Geschichte der Bercht, die sich bei jedem Bau, den er auftrug, abspielte, daß er mit seinen Verbleibern gegen Zahlung des Lohnes in Konflikt geriet. Deshalb werden es sich die Maurer in Hammitt nicht überlegen, ehe sie bei Bercht in Arbeit treten, weil sie jeden Tag von demselben auf's Pfaster gelegt werden können, und das nur deshalb, weil er seinen Steinträgern nicht das zahlen will, was anderswo gezahlt wird.

Alles wird teuer! Die Freie Vereinigung der Lederfabrikanten Mitteldeutschlands beschloß in ihrer letzten Generalversammlung, die am Montag hier in Magdeburg tagte, die Preise für alle Lederarten schrittweise weiter zu erhöhen. Die Preissteigerung wird mit den hohen Holzpreisen begründet. Um so mehr sei sie aber unbedingt nötig, als eine sehr günstige Konjunktur für den Herbst zu erwarten sei. Wir verargen es den Herren nicht, wenn sie die günstige Konjunktur ausnutzen. Man sollte es aber auch den Arbeitern nicht verargen, wenn sie von einer günstigen Konjunktur auch etwas Nutzen haben wollen.

Stadtverordnetenversammlung beabsichtigt, eine Wiederwahl als Leiter der Stadtverordneten-Versammlung im kommenden Jahre abzugeben. Stadtrat Schneider teilte dies anlässlich einer Ansprache auf dem Stiftungsfest der Schängengilde mit. Herr Friske, der auch anwesend war, hat dem nicht widersprochen. Er sagte nur, daß er mit festem Willen versucht habe, sein Amt gewissenhaft und gerecht zu verwalten; wenn er auch einigen Angriffen ausgesetzt sei, so sei das in seiner Stellung nicht zu vermeiden. Herr Friske deutete ja schon bei seiner letzten Wahl an, daß er sein Amt nicht mehr lange behalten werde. Die „unvermeidlichen“ Angriffe müssen in ihm aber doch wohl den Entschluß zum Reisen gebracht haben, den un dankbaren Posten schon so bald wie möglich einem andern zu überlassen.

Die Erholungsstätte für Frauen und Mädchen an der Belgigerstraße wird erst am Mittwoch eröffnet.

Magdeburg und Umgebung regenarm. Das Meteorologische Institut veröffentlicht eine Regenkarte von Deutschland, die erste detaillierte Veröffentlichung dieser Art, die von großem Interesse für alle Deutschen ist. Wer die Karte, ohne vorher Erklärungen empfangen zu haben, zuerst sieht, dem wird blau und braun vor den Augen; denn blau sind die regenreichen, braun die trockenen Bezirke auf der Karte gefärbt, und zwar in dem Sinne, daß je blauer desto feuchter, je brauner desto trockener das Klima auf Grund langjähriger Beobachtungen von 3000 Stationen für die betreffende Gegend ermittelt ist. Es sind recht bedeutende Unterschiede, die hierbei zutage kommen; die jährlichen Niederschläge betragen zwischen 410 und 2200 Millimeter. Wo die Niederschläge über Durchschnitt sind, ist blau, wo unter Durchschnitt, braune Farbe aufgelegt, die sich auf der goldenen Mitte haltenden Bezirke erscheinen deshalb nur eben bläulich oder bräunlich. Aus der Karte geht hervor, daß es in Deutschland vier Gebiete gibt, die weniger als 500 Millimeter Jahresniederschläge empfangen, drei in Nord-, eins in Süddeutschland; die Gegend rechts und links der Weichsel im südlichen Westpreußen und nördlichen Posen, der Oberlauf vom Oderbruch bis nahe Stettin, das linke Elb- und Saaleufer zwischen Magdeburg und Merseburg und ganz Rheinhessen. Eine merkwürdige Uebereinstimmung besteht zwischen diesen vier Bezirken. Da sie, entsprechend den geringeren Niederschlägen, mehr Sonnenschein genießen als andre Gegenden, sind sie besonders geeignet für die Kultur von Nutzpflanzen, die zu ihrem günstigen Gedeihen viel Sonne bedürfen, die norddeutschen für die Zuckerrübe, Rheinhessen für den Weinstock. Die größten Niederschlagsmengen fallen in der Südwest- und der Südostküste Deutschlands, in den höchsten Teilen der Vogesen und am Wämann im Versteigabener Land. Ausgezeichnet durch Niederschläge sind ferner die bayerischen Alpen, die Umgebung von Kreutz, der Schwarzwalde und der Teils des Harzes, in dem der Brocken liegt (bis zu 1700 Millimeter). Merkwürdig ist auch, daß bereits erwähnte Land, woraus sich der dem industriellen Gebiete nützliche Wasserreichtum der Wupper erklärt, aber auch die hier zuerst sich auftretende Anlage einer Talperr zur Wändigung der überreichen Niederschläge.

Zwei Kinder verbrannt. Ein schreckliches Brandunglück ereignete sich am Dienstag nachmittag 2 Uhr im Hause Georgenplatz 10. Die beiden Mädchen des dort wohnenden und in Partekreisen bekannten Musikdirigenten Kilian, im Alter von 7 und 16 Jahren, waren in der Küche an einem Spirituskocher beschäftigt. Beim Nachgießen von Spiritus erfolgte plötzlich eine Explosion, wodurch die Kleider der beiden Mädchen sofort in Flammen gesetzt wurden. Die zur Hilfeleistung herbeigerufene Feuerwehr löschte nicht nur den ausgebrochenen Zimmerbrand, sondern veranlaßte auch die Ueberführung der mit schweren Brandwunden bedeckten beiden Mädchen nach dem allstädtischen Krankenhaus. Auch der Vater der beiden Verunglückten zog sich bei dem Rettungswerk Brandwunden im Gesicht und an den Händen zu.

Ein Unvorsichtiger. Am Dienstag mittag gegen 1 Uhr wollte ein Radfahrer in der Nähe der Katharinenstraße den Breitenweg noch kurz vor einem nach der Neustadt fahrenden Motorwagen der Straßenbahn kreuzen. Dies gelang ihm aber nicht. Der Radler wurde erfasst und kam unter den Straßenbahnwagen zu liegen. Als der vor Schreck am ganzen Leibe Zitternde vom Passanten hervorgeholt worden war, stellte sich heraus, daß er für seine Unvorsichtigkeit zum Glück nur einige Hautabschürfungen davongetragen hatte.

Für Badenbe. Raum hat die Badezeit begonnen, so scheinen auch wieder die Badezellenmarder ihre Tätigkeit aufgenommen zu haben. Am Montag wurde in einer hiesigen Badeanstalt einem Badenbe aus dessen untergeschlossener Zelle ein Portemonnaie mit 70 bis 80 Mark Inhalt entwendet. Bei derartigen Unfällen gehen aus dem Wege gehen will, tut gut, seine Wertobjekte beim Betreten einer Badeanstalt dem Bademeister einzuhandigen.

Lumpensammlers Ende. Am Montag mittag wurde der 50-jährige Produktenfändler Wassermann inmitten seines Lumpensammlers, Lüneburgerstraße 12, tot aufgefunden. Die Leiche des Berstorbenen, der ohne jeden Anhang war - von seiner Ehefrau lebte er getrennt -, war bereits in Verwesung übergegangen und von Ratten angegriffen. Nach Aufnahme des Leichens durch die Staatsanwaltschaft wurde die Leiche nach der Leichenhalle des allstädtischen Krankenhauses gebracht.

Von der Straßenbahn. Am Montag nachmittag gegen 2 Uhr fuhr an der Ecke Ulrichstraße und Breitenweg ein Motorwagen der Linie 3 gegen den Handwagen eines hiesigen Schokoladengeschäfts. Der Handwagen wurde dabei derartig gegen den Bordstein gedrückt, daß die Räder brachen. Am Montag früh entlegte vor „Stadt-Gölln“ der Frühzug Olvenstedterstraße-Agnetenstraße. Schäden entstand nicht.

Gesperre Straße. Der Uebergang in der Krognerstraße über die Eisenbahntrasse Magdeburg-Stendal bleibt von heute an auf vier Tage für Fuhrwerk und Reiter gesperrt, da dort notwendige Pfasterarbeiten ausgeführt werden.

Viktorien-Theater. Am Sonnabend machte die Direktion Werthold das Magdeburger Publikum wieder mit einer Neuheit bekannt: mit Richard Stormonts „Goldene Brücke“. Das Schauspiel behandelt einen reich gewordenen Juden, der sich taufen läßt, einen Mannfall gründet, eine große liberale Zeitung aufkauft und sie gowernemental redigieren zu lassen und das alles, weil ihn der Ehrgeiz plagt, in die „Gesellschaft“ aufgenommen zu werden. Als Hauptmittel zur Erreichung dieses Zieles soll ihm aber seine Tochter dienen, die er an einen bankrotten Grafen verheiratet will. Die 3/4 Millionen Reichth, die der Edelmann braucht, um die sieben Rinken seines Babyns neu zu vergolden, soll die goldene Brücke zwischen Judentum und Aristokratie bilden. Aber die Tochter macht dem Parvenü, der selbst seinen alten

Water verzeignet, einen Straß durch die Wohnung. Die schamte sich nicht ihrer jüdischen Abstammung, wohl aber ihrer Angehörigen und gelirte lieber den armen, aber braven Privatsekretär ihres Vaters wie den Edel von Grafen, den nichts auszeichnet wie sein dummes Ahnenstolz und seine leeren Taschen. Das Stück hat mancherlei innere Schwächen. Stormont erzählt in lebenswahrer Weise, aber er erzählt mancherlei Unwahrscheinliches. Am meisten gilt dies von der Art, wie er zum Schlusse den kunstvoll geschürzten Knoten löst. Das pflegt doch im Leben nicht vorzukommen, daß ein auf's tiefe verwundeter Vater einem wildstrebenden Menschen, den ihm ein Zufall in den Weg führt, sein Herz anschließt und den eignen Sohn in dieser Weise bloßstellt, wie es im Stücke geschieht. Aber man sieht gern über diese und andre Schwächen des Stückes - der Vertreter des guten Prinzips, der brave Privatsekretär deklarirt einmal mit viel Pathos: „Jawohl, ich bin aus innerer Ueberzeugung liberal, weil der Liberalismus die einzige Partei ist, die noch Ideale besitzt - hinweg, der böllischen Tendenz halber. Herr Werthold verdient alle Anerkennung dafür, daß er uns mit dem Stück bekannt gemacht hat, zumal die Aufführung in den Händen tüchtiger Künstler und Künstlerinnen liegt, von denen einige Hervorragendes leisten. Es zeigt sich immer mehr, daß das Ensemble des Viktorien-Theaters außerordentlich glücklich zusammengestellt ist und den Ehrgeiz besitzt, mehr zu bieten, als die bloße Befriedigung des Unterhaltungsbedürfnisses der Besucher, ein Streben, dem der Erfolg nicht verjagt bleibt.

### Meine Chronik.

#### Der fürstliche Silberdiebstahl.

Fürstin Wrede hat sich telegraphisch dem Untersuchungsrichter zur Verfügung gestellt. Der Untersuchungsrichter beauftragte beim Landgericht Gütstrow die Unterbringung der Fürstin in einer staatlichen Verewenheitanstalt zur Beobachtung ihres Geisteszustandes. Natürlich! Wenn eine Fürstin das Wein und Deln nicht zu unterscheiden versteht, dann muß sie wohl geistig nicht normal sein; wenn sich aber eine Proletarierin gegen das dreimal gefälligte Eigentum ergeht, dann ist sie eine nichtswürdige Diebin.

#### Graf Bülker ausgerückt?

Graf Bülker, der Dreifachelegraf, hat augenblicklich eine Festungstrafe in Weichselmünde zu verbüßen. Es war ihm nun unlangst ein Urlaub nach seinem Gute Klein-Tschirne bewilligt worden, doch ist die Urlaubszeit jetzt abgelaufen, ohne daß der Graf bisher zurückgekehrt ist. Er wird daher jetzt behördlich gesucht.

#### Drei Kinder vom Blitz erschlagen.

In Waldkirch wurden drei Kinder vom Blitz erschlagen, während die Mutter sich auf einer Wallfahrt befand.

#### Niefensschulden eines Pfarrers.

In dem Konkurs über das Vermögen des früheren Pastors Kreuzler in Celle sind 182 000 Mark bevorrechtigter Forderungen zur Annahme gekommen, denen nur 11 000 Mark Utiva gegenüberstehen. Kreuzler wurde wegen Unterschlagung von Vermögenswerten und weiterer Betrügereien zu insgesamt 5 Jahren Gefängnis verurteilt. Er war Ende Oktober 1904 nach Kontrahierung erheblicher Schulden in Begleitung seiner Geliebten, der 20-jährigen Elenore Hoppe, aus Celle geflüchtet, wo er seine Familie in größter Notlage zurückließ. Im Dezember 1904 wurde das Paar in einem Privatlogis in Wien verhaftet und an Deutschland ausgeliefert.

#### Ein hiesiger Pascha.

Staatsanwalt Redjineddin, der zur Untersuchung gegen einen Pascha nach Tripolis entsandt worden war, wurde von diesem überfallen und durch eine Bißwunde an der Kehle schwer verletzt. Nach einer andern Lesart hat der Pascha dem Staatsanwalt die Kehle vollständig durchgehauen, so daß der Tod sofort eintrat. Auf die telegraphische Nachricht hiervon befaß der Sultan, den Pascha sofort aufzulassen.

#### 73 Menschen ertrunken.

Drei Mutter „Jugbar“, „Emilia“, und Sophie Wiffley sind nebst einigen Fischerbooten im Sturm bei Nehtjavi auf Island untergegangen. 73 Mann der Besatzung ertranken.

#### Erdbeben.

Auf der Plonalle bei Judenburg (Steiermark) wurde am Sonntag ein Erdbeben mit unterirdischem Rollen wahrgenommen. Die Erdstöße dauerten fünf Sekunden.

### Letzte Nachrichten.

Bd. Berlin, 15. Mai. (Privattelegramm der „Volksstimme“.) Der neue Eisenbahnminister, Freidenbach, führte sich heute bei der zweiten Beratung der Sekundärbahnvorlage im Abgeordnetenhaus mit einer kurzen Rede ein. Er erklärte, in den Bahnen seines Vorgängers wandeln zu wollen. Wie dieser, wolle er sich auch die Sorge für das Wohl des Betriebspersonals angelegen sein lassen. (Die Sorge für das Wohl des Personals wird sich also weiter in der Verjagung des Koalitionsrechts, in dem Kampf gegen die Konsumvereine und in der Erzielung möglichst hoher Ueberschüsse äußern. Red.)

\* Berlin, 15. Mai. Nach einer Münchner Meldung der „Frankf. Zig.“ nimmt man in dortigen unterrichteten Kreisen an, daß eine Einigung unter den deutschen Bundesstaaten wegen Erhebung von Schiffahrtssabgaben auf den Wasserstraßen zu Stande kommen werde.

Bd. Budapest, 15. Mai. Justizminister Polonhi erklärte vor seinen Wählern, wenn Deutschland Ungarn in seinen Verbindungen nach nationaler Selbständigkeit bei voller Intakthaltung der wirtschaftlichen Verträge unterstützen werde, dann könne es auch auf ungarische Gegendienste rechnen; wenn nicht, dürste weder Deutschland noch der Dreieund ungarische Dienste erwarten. (In Ungarn wird augenblicklich die Reise Wilhelm's 2. nach Wien viel besprochen. Es regnet Angriffe auf Deutschland, dem in der Welt niemand mehr traut. Red.)

\* London, 15. Mai. Der Konflikt mit der Türkei ist beigelegt. Der Sultan hat seine Truppen aus dem kritischen Grenzdistrikt zurückgezogen. Eine gemeinsame Kommission soll die künftige Grenze zwischen Ägypten und Arabien später festlegen.

Bd. Genf, 15. Mai. Bei den Gemeinderatswahlen wurden 23 Radikale und 13 Konervative gewählt. Die Sozialisten verlorien sämtliche Sitze. Sie sind vom Ratte nunmehr ausgeschlossen. Die Radikalen verlieren vier, die Konservativen neun Sitze. Die bisherigen Mandatarbeile der Sozialdemokraten waren nur dem Zusammenhang mit den Radikalen zu danken. (Red.)

Bd. London, 15. Mai. Die Arbeitslosen veranfaßelten gestern große Straßenzunbildungen in den besseren Stadtvierteln. Schließlich wurde im Hydepark ein Meeting veranstaltet, in welchem verschiedene Arbeitervertreter des Unterhauses heftige Reden hielten.

Bd. Rom, 15. Mai. In Cagliari sind gestern unter der Bevölkerung wegen der Lebensmittellteuerung ernste Unruhen ausgebrochen. Die Volksmenge begab sich nach dem Bahnhof, um sich mit Gewalt Lebensmittel zu verschaffen. Truppen griffen ein und feuerten gegen die Volksmenge. Zwei Personen wurden getötet, zwölf schwer verletzt, darunter hier tödlich.

\* Stockholm, 15. Mai. Die Erste Kammer des Reichstags verwarf mit 126 gegen 18 Stimmen den Wahlrechtentwurf der Regierung und nahm mit 118 gegen 26 Stimmen einen Antrag betreffend das allgemeine Wahlrecht mit Proportionalwahlen zu beiden Kammern und Herabsetzung der Wahlperiode der Ersten Kammer von neun auf sechs Jahre an.



# Feuer! Wasser! Rauch!

Wir den durch

beschädigten Waren haben wir nunmehr geräumt und kommen jetzt ganz frische, unbeschädigte Waren in riesiger Auswahl zu ebenso erstaunlich billigen Preisen zum Verkauf, da wir große Mengen Waren sehr billig eingekauft haben.

- |   |  |  |
|---|--|--|
| 1 Posten Herren-Stoffhosen zum Aussuchen . . . . . Stück <b>2.00</b> M.       | 1 Posten Herren-Stoffwesten zum Aussuchen . . . . . Stück <b>1.60</b> M. | 1 Posten Knaben-Anzüge für jedes Alter von <b>2.45</b> an    |
| 1 Posten Herren-Stoffhosen zum Aussuchen . . . . . Stück <b>2.65</b> M.       | 1 Posten Knaben-Hosen verschiedene Muster . . . . . Stück <b>1.05</b> M. | 1 Posten Burschen- u. Jünglings-Anzüge von <b>5.65</b> M. an |
| 1 Posten Herren-Stoffhosen zum Aussuchen, Wert bis 9 M., Stück <b>3.55</b> M. | 1 Posten Leder-Hosen von <b>1.55</b> M. an                               | 1 Posten Herren-Anzüge und Paletots von <b>9.50</b> M. an    |

Blauleinene Jacken und Hosen, allerbilligste Preise, nur bei

**Heinemann & Patermann** Magdeburg, Breiteweg 129  
Ecke Sandtrasse  
Herren-, Knaben- und Arbeiter-Garderobe

**Große Partie gebrauchter Herren- und Damenfahräder** welche in den Wintermonaten repariert worden sind, mit tadellosen Pneumatiks, soweit Vorrat reicht, **30.00 bis 60.00 M.**  
**A. Rose, Magdeburg**  
Breiteweg 264 2845  
Pfeil-Nähmaschinen Parade-Fahräder.

**Feinste ohra Delicatess-margarine**  
zum Braten, Backen und Kochen sowie auf Brot gestrichen.  
Vollkommenster Ersatz für beste Butter  
Größte Sparbarkeit im Gebrauch.

Vertreter: Fr. Ulrich, Magdeburg, Kaiserstrasse 83.

**Gummi-Garten-Schläuche** pro Meter von **60 Pfg.** an  
**Hugo Nehab**  
Spezialgeschäft für Gummiwaren, Wachs- und Seifen- und Zinnober  
**Johannisberg 2.**

**Nähmaschinen, Fahrräder, Wasch- und Bringmaschinen**  
Beste deutsche Fabrikate verkauft zu billigen Preisen auch auf Teilzahlung  
**A. Bock, Sudenburg, Salberstädterstrasse 104.**  
Reparaturen in eigener Werkstatt.  
**Plisseebrennerei** 3423  
Um die Vorzüglichkeit meiner Waschmaschine zu beweisen, herborge dieselbe

**Billige Stiefel** nur Altes Brücktor 2  
hochleg. Nähmaschine u. Gar. Spottbillig z. verkaufen Georgenplatz 3, pt.

Gegr. 1881  
**LEINHAUS**  
Apfelstr. 16 I  
**Adolph Michaelis**  
Strengste Verschwiegenheit  
Privat-Condit.

Sparfame Hausfrauen verwenden mit Vorliebe  
**Elfenbein-Seife** Marke „Elefant“ von **Günther & Haussner** Chemnitz-Kappel.  
In fast allen Materialw., Drogen- und Seifen-Geschäften zu haben.

**Hüte** werden zum **Modernisieren** angenommen. Preiswerte Zubehöre wie: **Blumen, Gänder, Federn, Hut-Fassons.**  
**J. Brilles** Neustadt.

**Prima Spargel** eigener Ernte, 2 Pfd. 20, 30, 40 Pf.  
**Ehrecke, N., Umfassungsstr. 45**

**Bis früh um fünf**  
ist jeder Fußboden steinhart trocken, welcher abends mit **Pranges Bernstein-Oellack mit Farbe** gestrichen worden ist. Derselbe trocknet ohne nachzutrocknen, besitzt vorzügliche Deckkraft und ist an Glanz und Haltbarkeit unübertroffen. 2 Pfd. 1.50 M., 5 Pfd. 3.50 M., 10 Pfd. 6.80 M. inkl. Büchse, ausgewogen 1 Pfd. 65 Pf., bei 10 Pfd. a 60 Pf. 3858  
**Erwin Prange, Lackfarben-Fabrik** Berlinerstrasse Nr. 29, Ecke Schmiedehofstrasse.

**Dr. Thompson's Seifenpulver**  
Marke Schwan ist praktischer Hausfrauen unentbehrlich.  
Zu haben in allen besseren Geschäften.

**Auf Abzahlung** ohne Zinsen  
Nachweislich größtes Möbel- und Waren-Kredithaus am Platze . .  
**Möbel**  
Für 1 Zimmer Anzahlung 8 M., wöchentlich 1.00 M.  
Für 2 Zimmer Anzahlung 15 M., wöchentlich 2.00 M.  
Für 3 Zimmer Anzahlung 25 M., wöchentlich 3.00 M.  
Für 4 Zimmer Anzahlung 40 M., wöchentlich 4.00 M.  
usw. Ferner Einzelne Ersatzteile - Anzahlung von 5 Mk. an  
**Anzüge für Herren und Knaben**  
**Kleiderstoffe in schwarz und farbig**  
Damen-Jackets und -Kragen sowie Manufakturwaren jeder Art  
Teppiche, Portieren, Gardinen usw.  
**Kinderwagen und Sportwagen Anzahlung v. 5 M. an**  
**S. Osswald**  
Waren-Kredit-Haus  
Magdeburg, Alte Ulrichstrasse Nr. 14-15, I.  
Kunden, welche ihr Konto beglichen haben, und Beamte erhalten Kredit ohne Anzahlung.

**Trotzdem** ich auf Teilzahlung verkaufe, offeriere ich:  
echt silberne Taschenuhren von 15 M. an  
Westen-Uhren von 3 M. an  
Wand-Uhren von 10 M. an.  
Versand auch nach außerhalb.  
Bestellung per Postkarte genügt.  
Kleine Anzahlg., Abzahlung von 1 M. p. Woche an.  
Reparaturen prompt u. billig.  
**Uhrenhandlung** M.-Neustadt, Nikolaistraße 4  
Sudenburg, Lemsdorferweg 4 p.

**Solinger Stahlwaren** als 3699 alle Arten  
**Messer Gabeln**  
Löffel, Scheren  
Bäfermesser  
Taschenmesser usw.  
kauft man gut und preiswert in der Fabrikniederlage von  
**Gustav Felix**  
Magdeburg, Kaiserstr. 95  
En gros - En detail.

**Versicherungen** jeder Art nach Branchen vermittelt jederzeit unter den bequemsten Aufnahmebedingungen  
**J. Saupe, Gärtenbergstr. 6, vt**

**Fahrräder**  
neue und gebrauchte, erhalten Sie am billigsten und besten ohne grosse Anzahlung und gegen kleine monatliche Abzahlung  
3791 bei **Albert Brennecke, Sudenburg**  
Fernsprecher 1938. Ecke Westendstrasse.

**Bitte & geben!**  
**Albert Gottschalk** Inhaber **J. Fliess**  
Magdeburg-Buckau 3829  
Neu aufgenommen: Damen-Konfektion, z. B. Mäntel, Jackets, Golf-Capes, Kindermäntel, Kostümröcke usw., in größter Auswahl und zu den denkbar billigsten Preisen.

Sente und folgende Tage verkaufe ich  
**Schwertfegerstraße 14**  
große Posten moderner Herren-Jacketanzüge, Rockanzüge, Gehrock-Anzüge, Jünglingsanzüge, Knabenanzüge, einzelne Jacketts, Hosen u. Westen, sämtliche Arbeitergarderobe sowie große Posten  
**Schuhwaren aller Art** für Herren, Damen u. Kinder zu außergewöhnlich billigen Preisen  
**B. Wolff, Schwertfegerstraße 14.**



## Die „positive Sozialpolitik“ des Freisinn.

Bei der Beratung der Zigarettensteuer im Reichstag haben unsere Genossen bekanntlich den Antrag gestellt, die Heimarbeit in dieser Industrie zu verbieten. Der Zentrumskabgetordnete Erzberger leistete sich den „Witz“, dies als eine Kur a la Eisenbart zu bezeichnen: „Den Stoff ab, dann hast du kein Zahnweh mehr!“ Es versteht sich, daß diese Leistung Herrn Erzberger den verdienten Lohn in Gestalt einer stürmischen Heiterkeit seiner offenbar sehr anspruchsvollen Fraktionskollegen eintrug, im übrigen war es den Genossen Elm und Wollensbuh ein leichtes, gerade an diesem „Witz“ nachzuweisen, daß Herr Erzberger, der ja über alles redet, wiederum einmal über Dinge gesprochen hatte, von denen er nichts versteht. Sie zeigten, daß es ein Unsinn sei zu behaupten, ein Verbot der Heimarbeit würde ohne weiteres die darin beschäftigten Zigarettenarbeiter brotlos machen; vielmehr müßten die Zigaretten dann eben unter andern Umständen hergestellt werden, unter denen die Arbeiter in jeder Hinsicht, Arbeitszeit, Lohn, gesundheitliche Zustände usw. besser fahren würden. Ja infolge der Einschränkung der jetzt geradezu wahnsinnig langen Arbeitszeit dürfte sogar eine mindestens vorläufige Vermehrung der Nachfrage nach Arbeitern eintreten.

Wichtiger als das krause Geschwätz des Herrn Erzberger sind die Aeußerungen des Abg. Merten von der Freisinnigen Volkspartei, weil sie doch nicht ganz so in der Luft schweben und weil sie außerdem über den Rahmen der Tabakindustrie hinausgehen und gewissermaßen als eine programmatische Erklärung des Freisinn über seine Stellung zur Heimarbeit überhaupt angesehen werden können.

Herr Merten gab zu, daß in der Heimarbeit der Tabakindustrie außerordentlich schwere Mißstände bestehen. Besonders hob er die gesundheitliche Schädigung der Arbeiter hervor und bezeichnete es als notorisch, daß die Tuberkulose gerade unter ihnen besonders stark grassiert. Und nun war sein Gedankengang der folgende: der Tabak entwickelt bei seiner Verarbeitung einen besonders gesundheitsgefährlichen Staub; früher war man der Meinung, dieser Staub sei die einzige Ursache der großen Verbreitung der Schwindhust. Neuerdings aber hätten die Aerzte festgestellt, daß sich der Tabakheimarbeit meistens Menschen von schwacher Gesundheit und nicht sehr widerstandsfähigem Körper zuwenden, weil diese Arbeit an die Körperkräfte keine großen Anforderungen stellt. Hierin müsse ebenfalls ein Grund der hohen Krankheitsziffer erblickt werden. Demnach liegen der beobachteten Erscheinung mehrere Ursachen zugrunde und eine „positive sozialpolitische Gesetzgebung“ müsse allen diesen Ursachen im einzelnen nachgehen und sie alle zu beseitigen suchen.

Wenn man's so hört, möcht's leidlich scheinen. Und doch ist mit dem Ausdruck „positiv“ selten ein so schreiender Mißbrauch getrieben worden wie hier. Unter positiv versteht man eine unmittelbar zu ergreifende Maßnahme, von der man auch unmittelbare Wirkungen erhofft. Und es ist auch ganz offenbar die Absicht des Herrn Merten gewesen, den Antrag der Sozialdemokraten als Ausgeburt einer un-

praktischen Träumerei zu diskreditieren, die sich um die Tatsachen der rauhen Wirklichkeit nicht kümmere und deshalb praktisch ohne Nutzen sei. Was aber schlägt Herr Merten als „positive“ Maßnahme vor? Eigentlich gar nichts. Nur, meint er, einen Antrag auf eine vernünftige Wohnungspolitik hätte er gern gesehen. Nun weiß jeder, der in sozialpolitische Angelegenheiten auch nur einmal flüchtig hineingesehen hat, daß die Wohnungsfrage ein ganz besonders schwieriges und verwinkeltes Problem darstellt. Ja wir möchten fast behaupten, daß sich auf dem Gebiete des Wohnungswesens nicht einmal nennenswerte Verbesserungen ohne die Beseitigung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung durchsetzen lassen. Jedenfalls steht fest, daß der kapitalistische Staat noch auf Jahrzehnte hinaus gegen die Wohnungsnot weiter nichts unternehmen wird als Enqueten und Erhebungen anzustellen. In der Praxis läuft also der freisinnige Vorschlag darauf hinaus, daß bis auf weiteres — gar nichts geschehen soll. Und das nennt sich dann „positive sozialpolitische Gesetzgebung“!

Dazu kommt noch eins. Wenn es wahr ist, daß die Tabakheimarbeit vorzugsweise der letzte Rettungsanker für Leute mit schwacher Körperkonstitution ist, so folgt daraus, wie schon Genosse Elm treffend hervorhob, daß ihnen besonders schnell und besonders wirksam geholfen werden muß. Ist es nun eine Tatsache, daß einerseits diese Industrie durch den Tabakstaub besonders gefährlich ist, und daß andererseits besonders schwächliche Menschen in ihr ein Unterkommen suchen, so kann eine wirklich positive Maßregel doch nur darauf ausgehen, die Wirkungen des Staubes auf die Arbeiter nachdrücklich und schnell zu verhindern. Das geschieht durch geeignete Schutzvorrichtungen, durch bedeutende Verkürzung der Arbeitszeit und bedeutende Erhöhung des Lohnes. Nun lehrt die positive Kenntnis der Tatsachen, daß dies alles in der Heimarbeit ein Ding der Unmöglichkeit ist, weil die Heimarbeit sich jeder wirksamen Kontrolle entzieht. Within bleibt als einzige wirklich positive Maßregel nur das Verbot der Heimarbeit übrig. Man muß zunächst die Fabrikanten zwingen, die Arbeit in solchen Räumen und unter solchen Umständen verrichten zu lassen, daß sie wirksam kontrolliert werden kann. Das ist die Vorbedingung zu jeder wirklich positiven Sozialgesetzgebung auf diesem Gebiet. Statt dessen scheint Herr Merten zu wünschen, man solle durch irgend ein geheimnisvolles Zaubermittel die Tabakarbeiter widerstandsfähiger machen, so daß sie den Staub in ihren Wohnungen vertragen. Ein anderer Sinn läßt sich aus seinen Worten beim besten Willen nicht herauslesen. Höchstens könnte er noch auf die Erfindung eines Apparats hoffen, der die Staubeentwicklung des Tabaks verhindert und zugleich so billig ist, daß ihn jeder Heimarbeiter sich anschaffen kann. Bis dahin aber mögen die Heimarbeiter weiter zugrunde gehen!

Die Sache ist eben die: Herr Merten hat es zwar verstanden, seine Einwendungen in verständlichere Form zu kleiden als Herr Erzberger, aber im Grunde ist er ganz derselben Meinung, im Grunde spielt auch bei ihm das „Eisenbart“-Argument die Hauptrolle. Auch er glaubt, daß man durch ein gänzlich Verbot den Heimarbeitern jede Existenz unmöglich mache, und will es deshalb lieber bei den jetzigen Zuständen belassen. Das lehnen seine weiteren

Ausführungen, welche (nach dem Bericht des freisinnigen „Berliner Tageblatts“) lauten:

In Dresden werden in der Zigarettenheimarbeit etwa 2000 Arbeiter beschäftigt mit einem durchschnittlichen Wochenverdienst von acht Mark. Die Frauen besorgen noch nebenbei ihren Haushalt. Durch ein Verbot der Heimarbeit würden also mit einem Schlage 2000 Arbeiter in Dresden brotlos.

Also das ist die große Sorge dieses „positiven“ Sozialpolitikers! Daß den Heimarbeitern eine „Existenz“ von sage und schreibe 8 Mark wöchentlich nicht verloren gehe! Deswegen soll die Heimarbeit erhalten bleiben! Und es ist wahr, das ist des Pudels Kern. Die Heimarbeit, zumal wenn sie, wie in der Tabakindustrie, schwächlichen und aufgebraucht Menschen einen Unterschlupf bietet, ist ein gar angenehmes Reservoir für die rückwärtsloste kapitalistische Brutalität und eine gar angenehme Entlastung der Armenpflege! Es wäre doch immerhin peinlich, wenn die vom Kapitalismus zermürbten und für anstrengende Arbeit nicht mehr brauchbaren Lohnsklaven millionenweise auf der Straße lägen und der Armenpflege zur Last fielen. Da bietet sich die Heimarbeit als willkommener Unterschlupf, der den Leuten eine „Existenz“ von ganzen 8 Mark pro Woche ermöglicht. Wo wird man sich das entgehen lassen! Uebrigens wollen wir nicht verfehlen darauf hinzuweisen, daß nach neuen Feststellungen die Heimarbeit zum größten Teil von verheirateten Frauen und Kindern gemacht wird, und zwar weil der Lohn des Mannes so gering ist, daß die Familie davon nicht existieren kann. Auch hieran sieht man den überaus großen Nutzen der Heimarbeit — für die Herren Kapitalisten!

Es wäre wahrlich viel angenehmer, wenn die Vertreter der nackten Kapitalisteninteressen immer frisch von der Leber weg reden wollten. Gäte Herr Merten einfach gesagt: „Der Freisinn wird für die Beseitigung der Heimarbeit niemals zu haben sein, weil sie ein überaus wirksames Hilfsmittel für die Bereicherung der Kapitalisten ist,“ so hätte man ohne weiteres gewußt, woran man ist. Er aber hat es vorgezogen, diesen einzigen Gehalt seiner Ausführungen in einem Wust von Redensarten zu verstecken über das „ideelle Moment“ der Heimarbeit, die eine „Staffel zur wirtschaftlichen Selbstständigkeit“ sei, über die Notwendigkeit, den Arbeitern die „Existenz“ zu erhalten, und über die Aufgaben einer „positiven sozialpolitischen Gesetzgebung“. Doch er war unvorsichtig. Er hat sich nicht mit Redensarten begnügt, sondern eine Tatsache — eine einzige — mit eingeflochten. Die reicht aber aus, um zu zeigen, worauf es ihm ankommt.

Und so wissen wir jetzt: die „positive“ Sozialpolitik des Freisinn besteht in dem Bestreben, den Arbeitern eine „Existenz“ von 8 Mark pro Woche zu erhalten.

## Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 15. Mai 1906.

### Bornssisch.

Am Montag vormittag hat sich, wie das „Berliner Tageblatt“ zu berichten weiß, in Berlin an der Kreuzung

## Feuilleton.

### Am den Wegzoll.

Von Timm Kröger.

(9. Fortsetzung.)

Georg Heinrich Zoens hatte seinen Spruch längst zu recht, als Peter zurückkam. Einiges hatte er noch zu fragen, aber es war wenig. Und dann schob er los. Sachlich ging er zwar mit dem Gegner scharf um, in der Form aber blieb er mild, und wohlwollend blieb sein Gesicht.

Im dunklen, abgeschabten Luchroch, das schwarze Haar leicht ergraut, ein wohlgenährtes und doch nicht zu fettes Gesicht, braune, freundliche, dicht zusammenstehende Augen mit dichten, schwarzen Brauen, eine stattliche Gestalt, im Lehnstuhl sitzend, eine lange Hauspfeife in der Hand, bequeme Filzschuhe an den Füßen, Blumentöpfe vor den Fenstern, die Sonne auf dem Schreibtisch, eine gelehrte Bibliothek ringsum. Und da sollte man kein Vertrauen haben?

Das Lateinische, lehrte er, heiße etwa: Da ich, der König, so gut gewesen bin, dem damaligen Golling ein Privilegium zu geben, so wird Golling auch gut sein. Er wird was an dem Weg und an der Brücke tun. Eine Verpflichtung, so daß das Zollhaus es müsse, sei nicht ausgesprochen. Da nun das Zollhaus ohnehin bis in die jüngste Zeit was getan habe, so sei die Sache ganz klar: es dürfe kein Mensch ihm wegen des Privilegiums „an den Wimpern klumpen“. Zoens drückte sich so aus, er war als junger Mensch in Berlin gewesen und liebte es noch immer, den Berliner zu markieren.

„Das Lateinische,“ fragte Peter Zollwirt — „sonst führt das nichts im Mund?“

„Gar nichts, Golling.“

„Auch nicht, wenn es jetzt ein Amtsweg ist?“

„Geht uns gar nichts an.“

„Und das Lateinische hat da keine Fußangel?“

„Wieso Fußangel?“

„Ich meine, daß da gesagt ist, — wenn es so kommt wie jetzt, dann kann das Zollhaus nichts verlangen. — Oder daß es doch so ausgelegt werden kann?“

Der Volksanwalt blickte auf seine Fingernägel und blieb drei Sekunden lang stumm. Dann sah er seinem Kunden voll und breit in die Augen.

„Zhr könnt ganz ruhig sein, Golling. — Euch kann nichts passieren. Ich sehe meinen Kopf dafür ein.“

Peter Golling besah sein Pfand, das gut geformte würdige Haupt, und es gefiel ihm.

„Nun bin ich zufrieden,“ antwortete er.

### Viertes Kapitel.

Es ist nicht nötig, alle Einzelheiten des Gutachtens zu wiederholen; Peter Golling ließ zwei Taler in der Hand des klugen Mannes zurück und fuhr stolz und gehoben nach Hause. Ungewißheit und Zweifel waren nicht mehr. Mit Georg Heinrich Zoens im Bunde, da fürchtete er das ganze Amt nicht, frei und sicher und siegesgewiß fuhr er dahin. Es konnte ja auch gar nicht anders sein. Der Mann, der fünf Berufsjuristen, der Pastoren und Schullehrer festgefriert hatte, der hatte es gesagt, Peter Gollings Recht — hatte er ausgeführt — sei ganz unantastbar. Mit seinem Kopf stand er dafür ein. Ein Kopf! Und was für ein Kopf! Der hatte noch einen.

So dachte Peter.

Aber da fiel ein verdrießlicher Schatten in seine Seele. Er hatte die Meinerskoppel ganz vergessen. Das war böß, heute hätte es sein sollen, morgen wollte sein Nachbar auf die Stoppel jagen. Er mußte morgen einen Güter stellen und zugleich den Knick bessern. Das verdross ihn sehr.

Langsam fuhr er weiter: Aber ist es denn ausgemacht, daß ich verpflichtet bin, dich zu machen!? Ist da ein Gesetz, das es sagt? Wo steht es geschrieben? Und wenn: ist es ein echtes oder ein unechtes, ein natürliches oder? ... Singuläres wollte Peter denken, er dachte aber das ihm geläufigere, ebenso unverständliche Wort „spezifiziertes“. Rasch entschloß er sich, umzukehren und den klugen Mann zu fragen.

Peter Golling hatte Glück. Georg Heinrich Zoens begabte ihm kurz vorm Dorf. Das traf sich gut, der Volksanwalt ließ auch am Wegknüll mit sich reden. Ueber das Wagenschott weg beim Mergelloch, nicht weit von Krishan Lembkes Wirtshaus wurde die Sache abgemacht. Der Kluge schob den Gut auf den Hinterräder und legte die Hand einen

Augenblick an die Stirn. Und sprach dann einiges, was Peter Golling nicht verstand. Zoens selbst auch nicht. Peter wollte aber ein Nein! — er sei zum „Dichten“ nicht verpflichtet — und hörte auch ein Nein. Er wollte ganz sicher gehen und fragte deshalb, ob es ein Gesetz darüber gebe. Das verneinte der Mann am Wagenrad. Kein echtes, das gar keins sei? Auch kein „spezifiziertes“? — „Zhr meint eine Spezialverordnung,“ berichtigte Zoens. „Auch das nicht.“

Nun war Peter zufrieden. Er fragte mit einer Handbewegung, der man ansah, daß sie nicht ernst gemeint sei, und mit einem Tonfall, worin der Zusatz lag: die Kleinigkeit wird mir doch nichts kosten? — nach seiner Schuldigkeit. Der wohlwollende, schwarzgekleidete Mann (die Hand an der Wagenleiter) verstand Handbewegung und Tonfall, überlegte im Fluge, was für ihn am vorteilhaftesten sei, — den halben Taler zu nehmen, der ihm seines Erachtens zukam, oder sich das Ansehen eines uneigennütigen Mannes zu geben und mit dem Verzicht auf die vierundzwanzig Schillinge seinen Ader zu düngen. Ohne daß dem rechtlichen und wohlwollenden schwarzgekleideten Mann sein Gedankengang und sein Eigentum klar wurden, ließ er seine Augen über Peters magere, streitjüchtige Figur gehen. Er kannte sich aus, das war ein ergiebiger Boden; der Mann, der hatte das Zeug zu einem Streithammel, der durfte nicht kopfschen gemacht werden. Georg Heinrich Zoens verzichtete und erhielt dafür einen wirklich herzlich gemeinten Händedruck.

Nach diesem Händedruck fuhr der Zollwirt die Straße weiter von Schönmoor weg, an Krishan Lembkes Wirtshaus vorbei, hinunter nach dem Moor.

Der letzte Bescheid hatte ihn zufrieden gemacht. Er hatte ein entschiedenes Nein gehört, entschiedener, als es gesprochen worden war. Aber er wollte die Sache mit dem Knick nicht gleich auf die Spitze treiben. Die kleine Elbe thüm sollte so lange hüten, bis er mit dem Dichtmachen fertig sei. Auf der Meinerskoppel stand Sommerroggen in Salmen — und was für ein Sommerroggen! — Wenn da Gans Rohwers vierzig Kühe hineinfelen! O je! O je!

(Fortsetzung folgt.)



der Wilhelm- und Deibitzerstraße eine aufregende Szene abspielt. Ein militärischer Aufzug, der die Wilhelmstraße entlang marschierte, hemmte in empfindlichster Weise den Verkehr, der an jener Straßenkreuzung besonders lebhaft ist. Straßenbahnwagen, Omnibusse, Droschken und große Massen von Fußgängern stauten sich in langen Reihen und erwarteten ungeduldig das Ende des überflüssigen militärischen Aufzuges.

Da versuchte ein junger Mann, der es besonders eilig zu haben schien, die Lücke zwischen zwei Bügen zum Durchschlüpfen zu benutzen, gerade dort, wo hinter dem Pferde des Hauptmanns ein junger Leutnant einherstolzte. „Was jetzt geschah“, schreibt das „Tageblatt“, „war ein Werk des Augenblicks: ehe noch der junge Mensch seinen Fuß vor den Leutnant gesetzt hatte, blühte dessen Klinge auf, faulte auf den Kopf des Jünglings nieder, setzte dessen schwarzen Hut in den Rinnstein und schleuderte dessen Inhaber gegen die Vordachswelle.“

Das militärfremde „Tageblatt“ meint, der junge Mann sei gewiß nicht befügt gewesen, durch den militärischen Zug zu „brechen“, aber ein „sanfter Stoß mit der Hand“ würde genügt haben. Wir sind nicht einmal dafür, daß Leutnants Zivilisten, die vielleicht eine viel dringendere Beschäftigung haben, als in der Wilhelmstraße Stechschritt zu machen, mit „sanften Stößen“ traktieren sollen. Die Hemmung des Geschäftsverkehrs durch militärische Aufzüge ist überhaupt ein Unfug, glaubt man aber schon trotzdem Marschübungen durch die belebtesten Straßen einer Weltstadt machen zu müssen, so kann man die Büge so anordnen, daß den Passanten der Durchgang ermöglicht wird. So geschieht es in allen Staaten außerhalb Preußen-Deutschlands, ohne daß das Heiligtum der militärischen Ordnung Schaden litte. In Berlin ist aber vor Jahr und Tag sogar der Führer eines Feuerwehrowagens angeklagt worden, weil er glaubte, daß die Rettung von Gut und Leben der schönen Ordnung eines malerischen Aufzuges vorangehe.

Die ganze Geschichte ist von Anfang bis zum Ende preußisch. Preußisch ist die Nichtachtung des geschäftlichen Verkehrs von Seiten der Behörden, preußisch die „Schneidigkeit“ des jungen Leutnants von der Garde, der es für geboten hält, einen harmlosen Zivilisten mit dem Säbel zu traktieren, und preußisch, über alle Maßen preußisch ist der „entschiedene Liberalismus“, der Säbelhiebe durch „sanfte Stöße“ ersetzt wissen will.

Derselbe Liberalismus ist sehr empfindlich, wenn er gelegentlich von der Sozialdemokratie einen „sanften Stoß“ erhält. Freilich, wenn's einem von einem Leutnant passiert, ist's immer noch eine Ehre! —

### Die Dienstpflicht des Kaufens.

Man schreibt uns: Sie haben am letzten Sonntag einen Fall behandelt, in welchem ein Soldat, der einem Offizier beim Kauf eine Beihilfe leistete, wegen Verletzung einer Dienstpflicht zu einigen Wochen Arrest verurteilt worden ist. Die Bezeichnung dieser verletzten Pflicht als Dienstpflicht des Mitkaufens ist durchaus richtig; sie würde aber irreführend sein, falls man aus ihr herauslesen wollte, daß für den Soldaten bloß eine Dienstpflicht des Mitkaufens bestehe. Der Soldat hat nicht nur unter Umständen die Pflicht, an Schlägereien teilzunehmen, sondern er muß unter andern Umständen sogar in friedlicher Gesellschaft Kaufzettel provozieren.

Im Leitfaden für den Dienstunterricht des Infanteristen, dem sog. „Walderssee-Büchlein“, ist auf Seite 17 u. f. zu lesen:

Mit Personen, welche ihren Äußerungen zufolge nicht den Grundsätzen der Treue und Hingebung für den angestammten Landes- und Kriegsherrn huldigen, darf der Soldat nicht umgehen; vielmehr muß ein solcher Umgang wie überhaupt jede schlechte Gesellschaft (Trunkenbolde, schlechte Frauenzimmer) von jedem eheliebenden Soldaten, als seiner Würde zuwider, sorgfältig gemieden werden. So sehr der Soldat die schlechte Gesellschaft zu meiden hat, so sehr muß er auch kräftig mit Wort und Tat

jede in seiner Gegenwart getane freche Äußerung über Kaiser, Herrscherhaus und Armee ahnden. Jedem umhüben Streich aber muß der Soldat aus dem Wege gehen, ohne etwa zu glauben, dadurch den Schein der Feigheit auf sich zu laden.

Damit ist deutlich gesagt, daß ein Soldat, in dessen Gegenwart — etwa am Bierisch — eine „freche“ Äußerung über Kaiser, Herrscherhaus oder Armee“ fällt, sofort ohne Unterbrechung und richterliche Erwägung an dem schuldigen Zivilisten den Strafzettel zu überhändigen hat. Daß die freche Äußerung eine solche sein müsse, die das Gesetz unter Strafe stellt, ist in der Instruktion nicht gesagt; vielmehr ist es ganz in das diskretionäre Ermessen des Soldaten gestellt, wie er die getane Äußerung richterlich einschätzen und mit welcher Strafe er sie ahnden will. Der nachfolgende Satz zeigt deutlich, daß ein Kaufzettel, den der Soldat wegen einer ihm nicht passenden Äußerung provoziert, kein „unwürdiger Streich“ im Sinne der Instruktion ist, daß also ein Marsjünger, der in solchem Falle das Seitengewehr zu jezt in der Scheide stecken hat, sehr wohl wegen Feigheit im Sinne des § 87 mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren bestraft werden kann.

Wenn diese Bestimmungen in der Öffentlichkeit wenig bekannt sind, so kommt das daher, daß gewisse militärische Instruktionen zu ungenau sind, um überhaupt in Erwägung treten zu können. Bei der in weiten Volksschichten, besonders aber in den höheren Gesellschaftsklassen herrschenden Stimmung ist nicht anzunehmen, daß alles, was in Gegenwart von Soldaten über monarchische und militärische Einrichtungen gesagt wird, den Anforderungen der Dienstinstruktion entspricht. Der Verfasser der Dienstinstruktion selbst, der Feldmarschall Graf Waldersee, war ein schimmer Majestätsbeleidiger, die Artikel, wegen derer Normann-Schumann

stredbrüchlich verfolgt wurde, waren von ihm inspiriert — nichtsdestoweniger ist er eines natürlichen Todes gestorben.

Immerhin könnte es eines Tages passieren, daß ein angegriffener Soldat es mit seiner Dienstpflicht des Kaufens zu ernst nähme, wofür er dann zweifellos — weil der Standaal sonst zu groß würde — Strafe bekäme. Aber mit gleichem Recht wie Hüssener, der den unglücklichen Hartmann instruktionsmäßig von rückwärts totschlug, könnte auch er sagen: „Es war meine harte, harte Pflicht!“ —

### Aus der Parteibewegung.

Wie hoch wird ein Sozialdemokrat von einem bürgerlichen Gericht tagiert? Mit einem mehr als fonderbaren Streitgegenstand hatte sich kürzlich die zweite Zivilkammer des Landgerichts München I zu beschäftigen. „Streitgegenstand“ war nämlich kein Geringerer als der Schuhmachereifer Johann Hierhager in München, der bekanntlich gegen seinen Ausschluß aus dem Sozialdemokratischen Verein München und der Partei Klage erhob. Er wollte feststellen lassen, daß sein Ausschluß zu Unrecht erfolgt sei. In der damaligen Verhandlung übergab der Vertreter des bürgerlichen Sozialdemokratischen Vereins, Rechtsanwalt Dr. Bernheim, einen Brief des Parteivorstandes, wonach in der Angelegenheit ein neuerliches Schiedsgericht einberufen, ein Vorsitzender ernannt und dem H. anheimgegeben wurde, dem Vorsitzenden rechtzeitig seine Beisitzer zu nennen. Aus diesen Gründen beantragte damals Rechtsanwalt Bernheim Ausschung der Verhandlung, bis das neuerdings eingesetzte Schiedsgericht seine Entscheidung getroffen habe. Und als der Vertreter Hierhagers darauf nicht einging, ließ Dr. Bernheim Veräußerungserklärung ergehen, wonach im Namen des Königs der Beschluß des Sozialdemokratischen Vereins auf Ausschluß des Klägers für rechtsungültig, Hierhager also für einen Sozialdemokraten erklärt wird. Als einige Zeit später der königlich bayerische Sozialdemokrat Hierhager mit seiner gegen den Vorsitzenden des Sozialdemokratischen Vereins, Genossen Franz Schmitt, angestrengten Verleumdungs-Klage Mäglich Pflanz machte, zog er vor, seinen Austritt aus dem Sozialdemokratischen Verein und der Partei zu erklären. Gegen das oben erwähnte Veräußerungsurteil aber legte Rechtsanwalt Dr. Bernheim Einspruch ein und bestritt zur Begründung seines Einspruchs die Zuständigkeit des Landgerichts. Der Streitgegenstand überschreite sicher den Betrag von 300 Mark nicht, und da die materielle Prüfung durch den freiwilligen Austritt H. dem Gericht überhaupt entzogen sei, könne es sich nur mehr um die Prozeßkosten handeln. Der Vorsitzende blätterte in den Akten und konstatierte dann, daß durch Gerichtsbeschuß der Streitwert auf 2500 Mark festgesetzt wurde. Dr. Bernheim: Und ich behaupte, daß dem H. an der Mitgliedschaft der Partei gar nichts gelegen ist, weil er inzwischen seinen Austritt erklärt hat. Der Vertreter des Klägers bot Beweis durch die Ehefrau des Klägers an, daß dieser durch den Ausschluß aus der sozialdemokratischen Partei wirtschaftlich schwer geschädigt sei. Das Gericht vertagte die Verurteilung der Entscheidung auf den 22. Mai. Der königlich bayerische Sozialdemokrat a. D. Johann Hierhager wird mit Verwunderung bemerkt haben, welche hohe Einbuße die sozialdemokratische Partei durch den Verlust seiner ehrenwerten Persönlichkeit erlitten hat. Ob er sich wohl selbst auf 2500 Mark einfährt? —

Von der Danziger Justiz. In einem Flugblattprozeß beantragte dieser Tage unser angeklagter Genosse D. die Vernehmung verschiedener Entlastungszeugen, die beweisen sollten, daß die Aussagen eines Schatzmanns und eines freiwilligen Gastwirts über die Vorgänge bei der Verbreitung der Flugblätter total unrichtig seien. Diesen Antrag lehnte das Gericht rundweg ab mit der Motivierung: „Sie wollen doch nicht etwa diese Zeugen durch andere Aussagen einleiden machen.“ Mit dieser, wie man sagen kann, Beschränkung der Verteidigung kam dann das Gericht in der Tat zur Verurteilung unseres Genossen. Trotz alledem bleibt Deutschland aber nach Sowjadowskys bekanntem Wort, „das Land der vollendeten Rechtsgarantien“. D. soll übrigens im ganzen 106,50 Mark bezahlen. Diese ziemlich beträchtliche Summe ist das Normalmaß der Danziger Polizei, wenn ein Sozialdemokrat beim Flugblattverbreiten erwischt wird. —

Abgeschwante Richter. Wegen Majestätsbeleidigung hatte sich Genosse Batters von der „Mitteldeutschen Sonntagszeitung“ vor der Strafkammer in Sieben zu verantworten. Vor Eintritt in die Verhandlung erklärte der Verteidiger Batters, er müsse, obgleich ohne Auftrag seines Klienten, den Vorsitzenden des Gerichtshofs, Landgerichtsdirektor Prätorius, und den Beisitzer Amtsrichter Wachtel wegen Veranlassung als Richter in der vorliegenden Sache ablehnen. Beide Richter hätten bei der Beschlußfassung über die Beschlagnahme der Nummer des Blattes, die den unter Anklage gestellten Artikel enthält, in dem ergangenen Beschluß ausgesprochen, daß der betreffende Artikel zweifellos eine Majestätsbeleidigung enthalte. Das Gericht beschloß hierauf, die Verhandlung auf unbestimmte Zeit zu vertagen. —

Der rote Mal-Jünger. Die Erfurter Polizei sandte folgendes Schöffensurteil an einen Kaufmann: „Sie haben am 1. Mai d. J., vormittags gegen 10 Uhr 50 Minuten gelegentlich der Meißener einen Hund mit einem roten Zylinderhut auf der Straße umherlaufen lassen, dadurch bei dem Publikum Ansehen erregt und somit großen Unfug verübt. Infolgedessen verfügen wir von Amts wegen 5 Mark Strafe oder einen Tag Haft.“ Wenn die Hunde schon im Zylinder demonstrieren, dann ist es aber schlimm bestellt um die Ordnung in Erfurt und die Polizei tut gut daran, mit dem Groben-Unfugs-Paragrafen gegen solche Zustände vorzugehen. Nur scheint es uns, als habe sie sich in der Adresse getrrt. Der Hötter war doch der Demonstrant, ihm gehört also auch das Strafmandat. —

Einige Parteisekretäre für Bremen anzustellen beschloßen unsere Parteigenossen mit großer Majorität. —

Vom Parteihaushalt. Für den Monat April kann unser Parteisekretär über folgende eingegangene Parteibeiträge quittieren: Aachen, vom sozialdemokratischen Verein Aachen Land 1. Quartal 1906 23,90. Augsburg, vom Wahlverein 10.—. Altona, 20 Prozent der Beiträge vom sozialdemokratischen Verein für den 8. und 10. schleswig-holsteinischen Wahlkreis 3. Quartal 1905/06 1096,80. Groß-Berlin a. Konto seiner 8 Wahlkreise 15 000.—. Berlin, diverse Beiträge 924,31. Bughach i. S. S. 3.—. Bern 50.—. Brandenburg i. Hptv. 10.—. Blaubauern und Laupheim, 20 Prozent der Einnahmen 1. Quartal 1906 2,88. Bant, 20 Prozent der Einnahmen von 2. oberrhein. und vom 2. hannöb. Wahlkreis 2. Quartal 433,75. Brandenburg a. S. Wahlkr. Brandenburg-Vertheilung 362.—. Benßen (Oberschl.), von den Parteigenossen 10.—. Breslau, sozialdemokratischer Verein 20 Prozent der Mitglieder-Beiträge 1. Quartal 1906 700,80. Breslau, Quartalsbeitrag des sozialdemokratischen Volksvereins 68.—. Celle, 20 Prozent der Einnahmen im 14. hannöb. Wahlkreis 1. Quartal 1906 78,70. Cimmischau, 18. schlesischer Reichstagswahlkreis 300.—. Danzig, 20 Prozent der Einnahmen des sozialdemokratischen Wahlvereins 27,30. Eastfriesen-Bergheim, Wahlkr. 1. Quartal 1906 7,04. Erlangen, sozialdemokratischer Verein 1. Quartal 1906 10.—. Fallenberg (Oberschl.) 18.—. Götting a. Konto der Einnahmen im 1. Quartal 1906 100.—. Höchst a. M., Wahlkr. Höchst-Homburg-Würtgen 1. Male 200.—. Hülz, von den Parteigenossen 3,45. Kufsbach, vom sozialdemokratischen Verein 20.—. Köslin, 20 Prozent der Einnahme des Wahlvereins im 4. Quartal 1905 und im 1. Quartal 1906 18,88. Kopenhagen, Kreisverband der Sozialdemokraten 5,15. Kattowitz, sozialdemokratischer Verein 5.—. Lindenwalde, Kreis 5.—. M. Gladbach, S. A. 1. und 2. Quartal 1906 5.—. München, Gau Südbayeru 1. Quartal 1906 197,28. München a. Hg., 20 Prozent der Beiträge des Wahlvereins für den Wahlkreis München-Südbayeru 1. Quartal 1906 118,28. Magdeburg, Wahlkreis 300.—. München, Wahlkreise 5.—. Meuselwitz, sozialdemokratischer Verein 2,08. Nord-

hausen, Beitrag vom sozialdemokratischen Wahlverein für den Wahlkreis Nordhausen 1. Quartal 1906 50,88. Oesterlen a. M., vom 1. Quartal 1906 22,74. Oesternburg i. O., 20 Prozent der Beiträge vom sozialdemokratischen Wahlverein des 1. oberrhein. Wahlkreises 61,60. Potsdam-Spanbau - Osthavelland, 20 Prozent der Einnahmen des Kreiswahlvereins 194,30. Rawitsch-Gostyn, 20 Prozent der Einnahmen vom Wahlverein 6,15. Randow-Greifenhagen, Wahlkreis 200.—. Schmilberg im Riesengebirge, von den Parteigenossen 50.—. Schweinfurt, sozialdemokratischer Verein 10.—. Soest, 20 Prozent der Einnahmen des Wahlkreises Hamm-Soest 1. Quartal 1906 93,20. Stuttgart, S. U. 10.—. Schönau, 20 Prozent der Einnahmen des sozialdemokratischen Wahlvereins 4,84. Staßfurt, Wahlkreis Queblinburg - Uckermark-Leben-Calbe 150.—. Stendal-Osternburg, 20 Prozent der Beiträge des Wahlvereins 1. Quartal 1906 17,72. Worbis - Buchhandlung 10 000.—. Worbis, 1. Quartal 1906 28 166,35. „Wahre Jacob“ 10 000.—. Wittlich, 1. Quartal 1906 3.—. Z. D. B. 20 000.—. In Summa 88 255,08. —

### Gewerkschaftsbewegung.

Zur Metallarbeiterbewegung. Die Scharfmacher im Gesamtverband deutscher Metallindustriellen sind unangenehm davon berührt, daß das Protokoll ihrer Sitzung vom 2. Mai in die Öffentlichkeit gedrungen ist. Sie schimpfen daher in der ihnen bestreuten Presse über die „Judiskretion“ und erklären, es habe sich am 2. Mai um nichts weiter als um spontan gestellte und nicht abgeklärte Anträge gehandelt, welche nur als vorbereitende Schritte anzusehen waren und deren Veröffentlichung unter diesen Umständen unterbleiben mußte. Die ruhige Haltung der Arbeiter, die sich durch die angeordnete Aussperrung nicht ins Bodshorn jagen ließen, hat wohl viel dazu beigetragen, daß die Anträge auf einmal als „nicht abgeklärt“ bezeichnet werden.

In Dresden hielten die streikenden Formner wieder eine Versammlung ab, in der beschlossen wurde, die Verhandlungen sollten wieder aufgenommen werden. Nach den gemachten Mitteilungen scheint in Unternehmertreuen die einsichtigeren Elemente über die Scharfmacher die Oberhand gewonnen zu haben. Es wurde eine engere Kommission, bestehend aus drei Formnern, gewählt, die die Vollmacht erhielt, mit den Unternehmern endgültig abzuschließen, wenn diese die Vorschläge der Versammlung auf Abänderung der einzelnen unannehmbaren Bestimmungen akzeptieren. Die Abänderungsvorschläge der Versammlung lauten: 1. 25 Proz. werden statt 20 Proz. Zuschlag für Überarbeit gefordert. — 2. Fehlgang soll, wenn nicht Böswilligkeit vorliegt, mit zwei Drittel des festgesetzten Akkordpreises, mindestens in der Höhe des vereinbarten Stundenlohnes entschädigt werden. — 3. Bei Aufnahme der Arbeit kehren alle Arbeiter an ihre bisherigen Plätze zurück, soweit dieselben nicht anderweit besetzt worden sind. — 4. Die Wiedereinstellung erfolgt nach Bedarf mit der Maßgabe, daß fremde Arbeiter nicht eingestellt werden, solange vorher beschäftigt gewesene Arbeiter in gleicher Weise beschäftigt werden, wird als selbstverständlich angesehen. In Dresden, Braunschweig und Hannover ist die Situation unverändert. —

Lothubewegungen im In- und Ausland. Der Berliner Schlosserstreik hat nun sein Ende gefunden. Beide Organisationen haben vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts einen Tarif abgeschlossen, der gestern von den streikenden Arbeitern akzeptiert wurde, nachdem die Meister ihre Zustimmung schon früher erklärt hatten. Die Arbeit soll am 17. Mai wieder aufgenommen werden. — In Wanaheim sind wegen Lohnstreitigkeiten 700 Tischlergehilfen in den USA abgetreten. — In Neumünster forderte der Fabrikarbeiterverein die streikenden Weber öffentlich auf, bis Mittwoch die Arbeit aufzunehmen. Der Verein droht sämtliche Textilarbeiter zu entlassen, falls das nicht geschieht. — Die Arbeiterbewegung in Hamburg-Hafen ist beendet. Die Schauerleute, Ewerführer und Seeleute wurden bis auf einige angenommen. Die letzten streikenden Arbeiter verließen Hamburg. Die Streikbrecher waren gut genug zu Verräterdiensten, jetzt aber sehen die Reeder das Gefindel mit Vergnügen scheiden. — Die Formner und Gießereiarbeiter der Firmen Gebr. Jnden, Stahlwerk-Krieger und Daniel u. Lueg in Düsseldorf befinden sich im Streit. Namentlich die Firma-Krieger versucht mit allen Mitteln, Arbeitswillige anzuzuwirbeln. Jetzt will Herr Krieger sogar einen Meister nach Rußland schicken, um dort Arbeitswillige anzuzuwirbeln. Der Zuzug von Formnern und Gießereiarbeitern ist fern zu halten. Auch der Streik in der Silberwarenfabrik von Franz Wagner in Düsseldorf dauert unverändert fort.

Der Buchbinder ausstand in Leipzig hat eine weitere Ausdehnung erfahren, in Stuttgart sind mehrere Firmen wegen der Meißener in Differenzen mit ihren Arbeitern geraten. Der Vorstand des Deutschen Buchbinderverbandes rief nun seine Mitglieder auf, das Mitbestimmungsrecht bei der Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verteidigen. Ueberall sollen Versammlungen einberufen werden mit dem Thema „Der Tarifbruch des Verbandes Berliner Buchbinderseifer“. Selbstverständlich ist bis auf weiteres Zuzug nach Berlin fern zu halten, desgleichen nach den Buchorten Leipzig und Stuttgart. —

Bilfommene Russen. Während man jeden Russen, der auch nur im leisesten Verdacht steht, mit der modernen Arbeiterbewegung zu sympathisieren, brutal aus dem preußischen Ordnungsstaate jagt, werden russische Lohndrucker nach wie vor importiert. So ließ die große Glasfabrik in Gerresheim bei Düsseldorf, bei der vor einigen Jahren der bekannte große Streik stattgefunden hatte, erst in den letzten Tagen wieder russische Arbeiter in großer Zahl kommen, die bei der in Aussicht stehenden neuen Bewegung Streikbrecherdienste leisten sollen. Ein deutscher Glasarbeiter, der lange Jahre in Rußland tätig war, suchte ein Gespräch mit den Russen anzuknüpfen, er wurde aber festgenommen und ihm sofortige Ausweisung angedroht, obwohl er innerhalb der schwarz-weißen Grenzspähle gehören ist. —

Zur Breslauer Polizeifälschung meldet ein dortiges bürgerliches Blatt, daß der infolge eines Säbelhiebes verlorbene Arbeiter Baum, weder zu den Standalmachern, noch überhaupt zu den Ausgesperrten gehörte, sondern als Nichtorganisierten nach wie vor auf Arbeit gegangen ist und auch an jenem Unglücks-Donnerstag mit den andern Arbeitswilligen erst um 6 Uhr in der Riemleinen Fabrik Feierabend gemacht hat. Dem unbeteiligten Biemald wird also die Hand auf dem Hund abgehungen, der Arbeitswillige Baum erhält auf dem Heimweg einen Säbelhieb über den Kopf, der sein blühendes Leben vernichtet. . . Was werden wir noch alles aus Breslau und Russobouristen erfahren? —

Behörden und Streiks in Oesterreich. Im deutsch-böhmischen Bezirk Aich bei Eger streiken seit längerer Zeit die Arbeiter. Die Fabrikanten verlangten wiederholt das Einschreiten der Behörden gegen die Streikenden, die den Zuzug Arbeitswilliger fern halten. Der Aicher Bezirkshauptmann Indra erhielt darauf vom Ministerium des Innern die Weisung, gegen die Fabrikarbeiter human vorzugehen, sie in ihrem gesetzlichen Recht nicht zu beschränken und unparteiisch zu sein. Damit vergleiche man, wie in Preußen die Behörden auf jeden Wunsch der Unternehmer einschreiten und „Arbeitswillige“ schüpfen. Man möchte die Oesterreicher halb um ihre Behörden beneiden, trotz der traditionellen „Schlamperei“, von der in reichsdeutschen Blättern jodelt zu lesen ist. —

Ueber die Pfingsten in Magdeburg stattfindende Sieglerkonferenz veröffentlicht das „Korrespondenzblatt der Generalkommission“ einen Aufruf. Danach tagt die Konferenz am Sonntag den 3. und Montag den 4. Juni 1906 im „Lilienpark“, Seibelgasse 1c.



# Provinz und Umgegend.

## Sozialdemokratischer Verein des Kreises Wangleben.

Parteilosen! Als wir am 1. Februar dieses Jahres den Bericht des Jahres 1905 in den Spalten der „Volksstimme“ veröffentlichten, konnten wir die erfreuliche Tatsache konstatieren, daß sich unsere Mitgliederzahl um 25,84 Prozent im Vergleichsjahr gesteigert hätte. Absolut und prozentual war das die höchste Steigerung seit dem Bestehen des Kreisvereins (1901). So erfreulich diese Tatsache auch auf uns wirkte, in der am 4. Februar abgehaltenen Generalversammlung war trotzdem nur eine Meinung vorhanden, die dahin ging, die Mitgliederzahl müsse in absehbarer Zeit verdoppelt, verdreifacht werden. Der Wahlrechtskampf sollte die bisher schlaffen und lauen aufreißeln. Die gehegten Erwartungen sind nun freilich nicht im vollen Maße erfüllt worden, immerhin ist die Zahl der regelrecht Parteibeiträger zahlenden Genossen von 597 am Schlusse des Jahres 1905 auf 1015 am Schlusse des 1. Quartals 1906, also um 70,01 Prozent gesteigert worden. Die Abwesenheit der „Volksstimme“ ist ebenfalls bedeutend gesunken. Doch müssen wir es uns hier verlagern, auf Schätzungen einzugehen, da uns wieder einmal gerade aus den Hauptorten (Groß- und Klein-Otterleben und Weimarsleben) die Koporturenberichte nicht zugestellt worden sind.

Parteilosen! Wenn wir jetzt in der Lage sind, die erlangenen Erfolge denen gleichzustellen, die auch in anderen Wahlkreisen zu verzeichnen sind, so haben wir trotz alledem mehr als bisher agitatorisch und organisatorisch tätig zu sein. Dem ersten Tausend überzähliger Parteigenossen können und müssen noch in diesem Jahre zum mindesten einige Hundert zugeführt werden. Den Agitationskommissionen (denen die Art und Weise, wie sie tätig sein sollen, noch in einer Besprechung vorgelegt werden soll, die sofort stattfindet, wenn uns die Diesdorfer Genossen Vorschläge zu Mitgliedern der dortigen Kommission unterbreitet haben) liegt die Pflicht ob, unverzüglich die geeigneten Maßnahmen in die Wege zu leiten und eine erfolgreiche Tätigkeit vorzubereiten.

Parteilosen, um einen genauen Ueberblick über den Stand unserer Finanzen zu bekommen, und um die zu betreibende Agitation damit in Einklang zu bringen, ersuchen wir unerbittlich, spätestens aber bis zum 1. Juli, den Erlös der Mannakten und Mannakten sowie den Erlös von den unsersorts gelieferten Ansichtskarten an den Vereinskassierer abzugeben. Nicht umgekehrte Marken und Karten sind zurückzuführen. Die für den nächstjährigen Volkskalender bestimmten Inserate sind sofort an den Genossen Klotz weiterzugeben, da Einträge nach dem 1. Juni nicht mehr auf Berücksichtigung rechnen können.

Die geplante Agitationstour, in der Genosse Böhre reden sollte, fällt aus, da Böhre seine bedingte Zusage zurückgezogen hat. Die gegen das geplante Schulverfassungsgesetz betriebene Agitation darf trotzdem nicht erlahmen, und ersuchen wir die leitenden Parteigenossen der einzelnen Orte bzw. die dazu eingesetzten Kommissionen, den Unterzeichneten Mitteilung zu machen, wieviel Genossen und Genossinnen ihren Austritt aus der Landeskirche angemeldet haben.

Leinsdorf, den 15. Mai 1906.

Mit sozialdemokratischem Gruß  
Der Vorstand. J. A.: Jul. Koch.

### Etwas vom Sparen.

Spare in der Zeit, so hast du in der Not! lautet eine der weisen Lehren, die die satte Moral den Arbeitern nicht oft genug wiederholen zu können glaubt. Wie man es freilich fertig bringen soll, bei niedrigen Löhnen und den stets teurer werdenden Lebensbedürfnissen noch etwas für Alter und Not beiseite zu bringen, das hat noch keiner dieser Weisen verraten.

Es ist höchstens ein Zeichen der auf die Spitze getriebenen Verdummtheit, wenn sich trotzdem aus den Kreisen der Industrie- und Landarbeiter und den Personen dienenden Standes noch so viele Sparer finden, wie sie Professor Dr. Conrad im Falle aus der Statistik von 1890—1903 herausrechnet, die jetzt die Kunde durch die provinzielle Amtsblattpresse macht. 3700 000 Sparer, die Bücher mit Einlagen von 1—150 Mark in Besitz haben, gab es 1903. Der Professor folgert hieraus, daß die Vermögenslage der unteren Klassen sich gebessert habe. Sümmechen, die im günstigsten Falle dem Tageseinkommen des Herrn Professors gleichkommen, nennt er „Vermögen“. 150 Mark ein Vermögen! Zu einer Zeit, wo Damen der besseren Kreise in Berlin 1000 Mark für ein Korsett ausgeben. Zugabe muß der Herr aber, daß die großen Einlagenkonten schneller wachsen als die kleinen. Weshalb? Weil die besitzenden Klassen nicht mehr wissen, wo sie ihren Ueberfluß sicher anlegen sollen? Ach nein, weil die kleinen Sparer infolge der fortschreitenden Sparfähigkeit in die höheren Klassen aufsteigen, dadurch aber das Rentierungsfeld für diese Sparer immer kleiner wird. Die Herren Professoren bewiesen eben alles, und noch mehr als alles, wenn sie sich Nationalökonomien schelten.

In der deutschen Industrie, in der Landwirtschaft, im Handel usw. werden zirka 15 Millionen erwachsener Personen beschäftigt, bleiben also noch 11 Millionen Sparer, die sparen möchten, aber nicht können.

Die Wohlhabenheit der Masse soll aber auch aus dem Steigen der Einlagen geistigt werden. Der Herr Professor der Nationalökonomie macht es hier wie die großen Industriebetriebe, die gern die Direktoren- und Beamtengehälter in die Arbeitslöhne hineinrechnen und dann mit den hohen Durchschnittsberichten „ihrer“ Arbeiter aufschneiden. Auch er rechnet die schneller steigenden hohen Einlagen bis zu 10 000 Mk. mit und kommt so zu einem Durchschnitt von 186 Mk. pro Buch. Nebenbei meint er noch, daß Bücher bis zu 3000 Mk. sich sehr wohl in den Händen von weniger bemittelten Leuten befinden. Daß i net lach! sagen die Bayern. Und wozu dieses kunstvolle Gebäude nationalökonomischer Wissenschaft? Das verrät folgender Satz: „Jedenfalls ist die wichtigste der aus den Ergebnissen der preußischen Sparfähigkeitsstatistik zu ziehenden Lehren die, daß die auch im Erfurter Parteiprogramm noch entfaltete sozialdemokratische Behauptung von der wachsenden „Verelendung der Massen“ eitel Klunzerei ist.“

Das ist des Pudels Kern. —

Dießdorf, 15. Mai. (Austritt aus der Landeskirche.) Am 12. Mai fand im Lokale des Herrn Hildebrandt eine öffentliche Volksversammlung statt, zu welcher auch der hiesige Ortsparrer schriftlich eingeladen war. Er lehnte aber ab zu kommen, weil ihm die Verteidigung des modernen Christentums zugunsten würde. Er empfahl uns vielmehr, zum vierten Sonntag nach Ostern die Epistel 2. Timotheum, 2. Kapitel, Vers 8—17 zu lesen. Die Tagesordnung lautete: „Freidenkertum und Christentum“. Der Prediger der Freien Gemeinde in Wangdeburg, Dr. Kramer, hatte das Referat übernommen. Der Referent behauptete das Nichteristehen des Pfarrrates und erläuterte die Widerspruch in dem uns zur Verfügung gestellten Bibelkapitel. In fünfverteländiger Rede zeigte er, daß das Christentum an seinen Widersprüchen scheitern müsse und daß dem Freidenkertum die Zukunft gehöre. Nachdem der Referent noch den Schulgegenstand einer herben Kritik unterzogen hatte, forderte er die Anwesenden zum Austritt aus der Kirche auf. In die abgelegten Listen trugen sich 43 Personen ein. Zum Schluß gibt der Vorsitzende noch bekannt, daß Informationen über den Austritt aus der Landeskirche die dazu gewählte Kommission, bestehend aus Hermann Braune, Albert Stollin und Karl Schütz, erteilt. —

Bermerleben, 15. Mai. (Delirium sanfall) hatte am Sonntag der Kaufmann Ede in so hohem Grade, daß auf Ersuchen eines Mitbewohners des Hauses, in dem Ede sein Geschäft betreibt, Polizeibeamte ihn in sicheren Gewahrsam brachten. Im Arrestlokal ist Ede in der Nacht verstorben. Seine Leiche wurde auf einem Handwagen in die Halle des Friedhofs geschafft. —

Wien, 15. Mai. (Umsatzsteuer.) Die Stadtverordnetenversammlung hat eine Umsatzsteuer mit 1 Prozent vom Werte auf jedes Grundstück gelegt, das zum Verkauf gelangt. Jedenfalls ist diese Steuer gerechter als die feinerzeit beantragte Biersteuer und das selber eingeführte Bürgerrechtsgeld. —

Afcherleben, 14. Mai. (Kaufmannsgerichte.) Es klagt der Registrator Rud. Böllig gegen die Afcherlebener Maschinenbauanstalt auf Zahlung von 135 Mark wegen Unbilliger Entlassung. Böllig war vom 15. November 1905 bis 24. März 1906 krank. Bis zum 29. Januar wurde ihm das volle Gehalt gezahlt. Am 9. Januar teilte die Beklagte dem Kläger mit, daß sie das bisherige Provisorium ablehne und die Stelle des Klägers anderweitig besetze. Kläger berichtete hierauf der Beklagten am 24. März, daß er sich zur Aufnahme seiner Beschäftigung für sofort oder 1. April 1906 zur Verfügung stelle. Kläger betrachtet die ihm gemachte Zuschrift nicht als Kündigung; dieselbe müsse bestimmt ausgesprochen sein, was er aber in dem Schreiben vom 9. Januar vollständig vermisste. Das Gericht weist den Kläger mit seinem Anspruchs auf mit der Begründung, daß durch das Schreiben vom 9. Januar die Kündigung ausgesprochen sei. Kläger trägt die Kosten. —

Afcherleben, 15. Mai. (Ein schwerer Unwetter) zog am Sonntag nachmittag über unsere Stadt. Es brachte aber den lang ersehnten Regen. Der Wllg schlug an mehreren Stellen ein, richtete aber nur an der dem Wehgerber Oswald gehörigen Gartenlaube Schaden an; er schlug dort nämlich in eine am Grundstück des Ostwald stehende Pappel, und der Stamm dieser fiel dann auf die Gartenlaube. Zwei Personen, die in der Nähe waren, konnten noch rechtzeitig zurücktreten. —

(Einweihung.) Am Sonntag fand die Einweihung des von dem Verschönerungsverein der Stadtgemeinde gewidmeten Kunstbrunnens statt. An der Feter beteiligten sich außer den Mitgliedern des Vereins die städtischen Körperkassen. Der Brunnen wurde durch Stiftung des verstorbenen Rentiers Henne in den Besitz der Mittel zur Errichtung des Brunnens gesetzt. Aus Dankbarkeit gegen den Stifter erhielt der Brunnen den Namen Henne-Brunnen. Entwurf und Ausführung sind von dem Professor Weba-München, der dem auch der Einweihung beizuwohnt. —

Wargh, 15. Mai. (Unsonst.) Die in Grube „Neue Hoffnung“ bei Bömmelte verunglückten Bergleute sind noch immer nicht geborgen, da der angelegte Stollen die Stelle nicht getroffen hat. —

Wurg, 15. Mai. (Einen Gewerbeinspektor) befehlt Burg seit dem 1. April dieses Jahres. Es wäre doch wohl angebracht gewesen, Näheres darüber, z. B. Bureau und Sprechstunden bekannt zu geben. Aber leider ist dies nicht der Fall gewesen. Es wäre wünschenswert, wenn diese Bekanntgabe schleunigst erfolgte, damit die Gewerbe-Inspektion auch unbehindert arbeiten kann. —

Ostertorf, 15. Mai. (Fährverkehr.) Die Arbeiter in den hiesigen Lederfabriken haben am Montag den 14. d. M. die Arbeit nicht wieder aufgenommen, weil die Fährbesitzer gegen einen revidierten Lohnsatz die schriftliche Anerkennung verweigern. In Betracht kommen zirka 100 Fährer. —

(Neue Bahnlinie.) Die Fähring der Bahnlinie Osterwied-Hornburg über den langen Kamp hat die Genehmigung der Aufsichtsbehörde nicht gefunden. Es wird nun eine neue Linie, die auf dem Grasweg hinter der sogenannten bunten Breite entlang führen soll, geplant. —

Queckenburg, 15. Mai. (Ein Macheall.) Gestern abend spielte sich hier im Hotel zum Bären ein blutiges Ereignis ab. Ein daselbst beschäftigter Kellnerlehrling war von einem Kellner mißhandelt worden. Nach Schluß der Arbeit lauerte er, mit einem Messer bewaffnet, dem Kellner auf und verübte diesen, sowie den Oberkellner, der zur Hilfe herbeieilte, den ersten so schwer, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird. Nach der Tat floh der Lehrling und bisher gelang es noch nicht, ihn zu ergreifen. —

Schönebeck, 13. Mai. (Gemeinsame Ortskrankenkasse von Schönebeck und Umgegend.) Am 29. April tagte die Generalversammlung der Gemeinsamen Ortskrankenkasse hier. Die Beteiligung der Arbeitnehmer-Vertreter war eine zahlreiche, während dies von den Arbeitgeber-Vertretern nicht zu sagen war. Den Jahresabschluss für 1905 gab der Rentant. Die durchschnittliche Mitgliederzahl war 4033, und zwar 3296 männliche und 727 weibliche Mitglieder. Erkrankungsfälle der männlichen Mitglieder waren 1621, der weiblichen 265 zu verzeichnen. Krankheitsstage, männliche 23 004, weibliche 5026. Hierbei wollen wir bemerken, daß sich die Krankheitsstage der weiblichen Mitglieder gegen das Vorjahr fast verdoppelt haben. Die Gesamteinnahme betrug 125 106,22 Mk., die Gesamtausgabe dagegen 123 986,62 Mk., so daß ein Restbestand von 2019,60 Mk. vorhanden ist. An Beiträgen wurden vereinnahmt 104 890,29 Mk., an Zinsen 1952,27 Mk., an Ersparnissen 2324,34 Mk. Von den Ausgabequellen wollen wir folgende nennen: Arzthonorar 18 032,43 Mk., Arznei 12 444,91 Mk., Krankengelder an Mitglieder 31 990,07 Mk., Krankengelder an Familienangehörige 1302,34 Mk., Krankenhäuskosten 10 201,77 Mk.; persönliche Verwaltungskosten 4364,31 Mk., sächliche Verwaltungskosten 905,24 Mk. Der Abschluß war diesmal günstig. Hoffen wir, daß es so bleibt. Als Vorstandmitglied wurde der Genosse Prüfer gewählt. Eine Mehrbelastung von jährlich 1500 Mk. wäre der Kasse durch die Annahme des Antrags des Stadtverordneten Thormeyer, welcher schon an dieser Stelle erwähnt wurde, entstanden; derselbe forderte die Erhöhung des Pflegegeldes im hiesigen städtischen Krankenhaus von 1,80 Mk. auf 2 Mk. für Kassemittglieder. Die Kassemittglieder sind aber die Arbeiter und diese sollten nach der Forderung des Herrn Thormeyer die Mehrleistung tragen. Sowie uns bekannt ist, ist Herr Thormeyer freisinnig und ein Freund des dirigierenden Arztes im hiesigen Kaiser-Friedrich-Krankenhaus. Wer mag wohl die Anregung zu diesem Antrag gegeben haben? —

Wetterhausen, 15. Mai. (Die unheilvolle Versammlung.) Den hiesigen Dozierern von Wetterhausen, die bisher so unberührt von aller sozialdemokratischen Propaganda blieben, weil kein Wirt es wagen wollte, den Arbeitern sein Lokal zur Verfügung zu stellen, ist der Schreck nicht schlecht in die Glieder gefahren, als auf einmal das unerwartete Ereignis wurde und die Sozialdemokraten eine Versammlung anmelbeten. In ihrer Not versetzten sie auf allerhand Ideen, durch deren Ausführung wenigstens der Besuch der Versammlung möglichst verhindert werden sollte. Am Sonntag nachmittag fand eine Landwehverbandssammlung statt, in der die tapferen Krieger wohl gegen die Lockungen des „inneren Feindes“ gefestigt werden sollten, zum Ueberdies man eine Feuerwehverbändigung an. Die Ausführung dieses Programmpunktes verbarb aber der Regen, der abends einsetzte. Auch der Herr Pfarrrer erinnerte sich seiner Pflicht und kündigte die Gründung eines Evangelischen Männervereins an. In Religion und Militarismus gestellte sich als dritter Bundesgenosse des Gefangenenkonföderia den guten Rat zu geben, ein gepantes Vergnügen doch in einem andern Lokal abzuhalten, da würden dann auch — man denke! — die Militärre spielen. Bei diesen Vorbereitungen wird es niemand wundern, daß die Versammlung trotz des stürmenden Gewitterregens, der Stundenlang anhielt, sehr gut besucht war. Zirka 200 Personen hörten sich den Vortrag des Genossen Müller an, und am Schluß der Versammlung ließ sich eine ganze Anzahl der Besucher in den Sozialdemokratischen Volksverein aufnehmen. Eine Sektion des Arbeiter-Notfallbundes zählt 34 Mitglieder; auch die Gewerkschaftsbewegung erflahrt. Die Maurer wollen sogar demüßigt werden, etwas, was man in Wetterhausen bisher überhaupt für ganz undenkbar hielt. Dem Herrn Pfarrrer erschien die Nachricht so ungläublich, daß er es für nötig hielt, sich bei einem Maurer zu

Als Tagesordnung ist vorläufig vorgegeben:

1. Die Arbeitsverhältnisse der Arbeiter und Arbeiterinnen auf den Biegeleien. (Referent E. Großmann-Wagdeburg.)
2. Die Verbesserung der Lage der Biegeleiarbeiter durch gewerkschaftliche Organisation und durch gesetzliche Maßnahmen. (Referent A. Wrey-Hannover.)
3. Die Organisation der Biegeleien.

Zutritt zur Konferenz haben alle auf Biegeleien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, die sich durch ein Mandat ihrer Kolleginnen als zur Konferenz delegiert ausweisen können.

Es soll aus jedem Orte, in welchem Biegeleien vorhanden sind, nur eine Person zu der Konferenz entsandt werden. Ueber Zulassung einer größeren Zahl Delegierter aus einem Orte entscheidet die Konferenz.

Die Delegierten können entweder in Versammlungen von Biegeleiarbeitern, oder wo solche nicht einberufen werden können, durch Sammlung von Unterschriften gewählt werden.

Die Verhandlungen beginnen am Sonntag den 3. Juni, vormittags 11 Uhr.

Die Delegierten wollen sich bezüglich Logis und sonstiger lokaler Angelegenheiten an den Genossen E. Großmann, Wagdeburg, Knoschenhauerstraße 27/28, wenden.

Von der Wahl der Delegierten ist auch dem Unterzeichneten Mitteilung zu machen, damit die Präsenzliste vor Beginn der Konferenz aufgestellt werden kann.

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, C. Legien, Berlin SO. 16, Engelauer 15.

## Soziales.

Lernmittelfreiheit in den Stuttgarter Volksschulen. Die Frage der Lernmittelfreiheit ist in letzter Zeit in Stuttgart lebhaft erörtert worden. Namentlich von der sozialdemokratischen Stuttgarter Rathausfraktion wurde die Durchführung dieser natürlichen Folgerung aus der allgemeinen Schulpflicht energisch betrieben.

In seiner letzten Sitzung hat nun der Gemeinderat trotz aller reaktionären Nachschübe die Einführung der freien Lernmittel für die Stuttgarter Volksschulen mit 20 gegen 6 Stimmen beschlossen.

Die Nationalliberalen, deren Genossen von Bildung und Besitz sich nicht scheuen, von Staat und Gemeinde ganz außerordentliche Schulzuschüsse für ihre Sprößlinge in Anspruch zu nehmen, wetteten und stimmten selbstverständlich gegen diese „unpädagogische Neuerung“. Von den Demokraten, die in ihrer Weisheit die Forderung zwar unterstützten, aber nur widerwillig und unter dem Druck der Verhältnisse, konnten es zwei nicht über sich bringen, für die Einführung zu stimmen. Die Kosten der Neuerung würden auf 81 000 Mark angegeben. Diese Summe dürfte jedoch etwas zu hoch gegriffen sein, da Stuttgart schon seither für Lernmittel an arme Kinder 10 000 Mark ausgab und nicht alljährlich vollständige Neuanschaffungen notwendig sein werden. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der reaktionär zusammengesetzte Bürgerverschuss gegen diesen erfreulichen Beschluß reboliert und seine Annahme verweigert. Sollte diese Vermutung Tatsache werden, so wird auf Antrag unserer Genossen eine Durchföhlung in gemeinschaftlicher Sitzung beider Kollegien stattfinden. Die endgültige Annahme der Lernmittelfreiheit würde dann jedenfalls außer Zweifel stehen. —

Die Großeinkaufs-Gesellschaft deutscher Konsumvereine gibt ihren Jahresbericht für 1905 heraus. In Besprechung der Wirtschaftslage heißt es darin:

Die zu erwartende Steigerung des Verbrauchs der Masse ist leider ausgeblieben. Die gute Konjunktur und die Höhe des Zinsfußes haben zu einer Preissteigerung zahlreicher Bedarfsartikel geführt. Am meisten jedoch fiel ins Gewicht, daß die Erzeugnisse der Industrie teurer wurden. Die Preise für die wichtigsten Lebensmittel sind in der Lage war, den Preis des deutschen Volkes zu decken.

Da die rigorosen Grenzsperrn verhinderten, einen Ausgleich durch eine entsprechende Einfuhr herzustellen, stiegen die Fleischpreise rapid.

Die Folge dieser Preissteigerung war eine erhebliche Verminderung der Kaufkraft der Massen der Konsumenten. Wenn also auch die Gesamtsumme des Arbeitslohnes eine höhere gewesen ist, so ist doch der Gesamtverbrauch der breiten Massen der Industrieböllerung nicht gestiegen. Vielfach wird sich der einzelne infolge der Verminderung der Kaufkraft seines Einkommens haben Entbehrungen auferlegen müssen.

Für die Konsumvereine sowie auch für deren Großeinkaufsgesellschaft ist also in erster Linie zu beachten, daß infolge der Erhöhung der Fleischpreise die Kaufkraft der Mitglieder in solchen Artikeln, welche die Konsumvereine führen, eine geringere geworden ist. Ausgeglichen ist die geringere Kaufkraft zum Teil durch die größere Arbeitsgelegenheit oder durch die geringere Arbeitslosigkeit, soweit nicht örtliche Erscheinungen wie Aus-sperrungen, Streiks usw. zu berücksichtigen sind.

Da Verminderung der Kaufkraft aber und vermehrte Arbeitsgelegenheit in ihren Wirkungen auf den Gesamtverbrauch der Industrieböllerung einander nahezu die Wage halten dürfen, so kann irgendwelche Ueberrschung in der Entwicklung unserer Gesellschaft, also eine besonders große Zunahme des Umsatzes oder gar ein Stillstand bzw. Rückgang nicht erwartet werden, um so weniger, als auch in der inneren Organisation, Errichtung neuer Lager, Anlage von Fabriken, wesentliche Veränderungen nicht eingetreten sind.

Der Warenumsatz der Gesellschaft, die mit 1395 Vereinen arbeitet, erreichte die Höhe von 38 780 199,17 Mark gegen 33 929 405,66 Mark im Vorjahre. Die Zunahme beträgt rund 4,8 Millionen Mark, gleich 14,3 Prozent. Im Jahre 1901 wurden erst für 15 137 761,46 Mark Waren umgesetzt; es kann mithin ein bedeutendes Wachstum konstatiert werden.

Die Gesellschaft beschäftigte insgesamt 226 Personen. Der erzielte Reingewinn beläuft sich auf 238 605,49 Mark. Das Stammkapital beträgt 750 000 Mark, die Reserven stellen sich auf 246 407,88 Mark. Der Vorstand schlägt der im Juni stattfindenden Generalversammlung vor, die Reserven auf 330 227,94 Mark zu erhöhen. —

Der 40. Verbandstag des Verbandes süddeutscher Konsumvereine trat am Sonntag abend in Mainz zusammen. Wie seit 14 Jahren, präsiert auch hier wieder Verbandsdirektor Barth-München. Nach Erledigung der üblichen Formalitäten wird in der Erledigung der Tagesordnung eingetreten, die wir bereits besprochen haben. Nach kurzer Diskussion wird beschlossen, den süddeutschen Revissionsverband auf Elsaß-Lothringen und das kleine Fürstentum Birkenfeld auszubilden. In diesem Gebiet befinden sich viele sogen. Fabrikkonsumvereine, und die erbärmliche bisherige Landesorganisation im Elsaß schließt jeden geistlichen Fortschritt aus. Die anwesenden Vertreter von Straßburg und Mühlhausen treten warm für den Anschluß ein, es würden sofort mindestens zwölf Vereine beitreten und der Fortschritt sei gewahrleistet. Der Vorstandsantrag fand denn auch einstimmige Annahme. Hierauf treten die Delegierten in eine nicht offizielle, unverbindliche Aussprache über die Verhältnisse des Konsumvereins Karlsruhe ein. Die Besprechung ist vertraulich und beranlagt von den Mannheimer Delegierten. — Ein solennes Festbankett, veranstaltet von der Konsumgenossenschaft Mainz, beschloß den Abend. —



erkundigen, ob es denn wirklich wahr sei, daß sie streiken wollten. Die Antwort wird dem Seelenfrieden aber nicht sehr angenehm gewesen sein. Der Gesagte meinte nämlich, wenn die Männer so viel verdienten wie der Herr Pastor, dann bräuchten sie nicht zu streiken. Die Arbeiter Westerkampens müssen nun vor allem darauf bedacht sein, daß sie ihr Brot behalten, dann wird es auch hier vorwärts gehen mit der Bewegung. Mögen sie auch die Genossen der Umgegend darin unterstützen!

### Gerichts-Zeitung.

Sandgericht Magdeburg.  
Sitzung vom 14. Mai 1906.

**Verworfenen Berufung.** Die beschuldigte Schmieb Neumann, Wilhelms geb. Neupach, hier, geboren 1882, wurde vom Schöffengericht am 16. März d. J. wegen Uebertretung der stinipollizeilichen Vorschriften zu 5 Wochen Haft und Uebervorsung an die Landespolizeibehörde verurteilt. Die eingelegte Berufung wurde verworfen.

**Eine unglückliche Polizeiverordnung.** Der Schlossermeister Karl Weitzing und 34 Genossen zu Eisleben sind Anklage der dortigen drei Kreis-Schauspieler und hatten diese am 23. Dezember 1905 vor ihren Grundstücken nicht gereinigt. Sie wurden deshalb angeklagt, erklärten aber, nicht verpflichtet zu sein, die Schauplätze zu reinigen, vielmehr sei dies Pflicht des Kreises und auch von dort aus stets veranlaßt. Das Schöffengericht in Seehausen erklärte am 22. Februar d. J. die erlassene Polizeiverordnung vom 19. Oktober 1892 für rechtsungültig und sprach die Angeklagten von der Uebertretung des § 366 Absatz 10 des Strafgesetzbuchs frei. Eine Disposition zur Strafreinigungspflicht bestehe nicht und durch die Polizeiverordnung könne eine solche Verpflichtung nicht neu begründet werden. Die von der Staatsanwaltschaft eingelegte Berufung wurde verworfen.

### Literarisches.

**Der Kunstwart.** Rundschau über Dichtung, Theater, Musik und bildende Künste. Herausgeber Ferdinand Avenarius. Verlag von Georg D. W. Callwey in München. (Vierteljährlich 3,50 Mark, das einzelne Heft 70 Pf.) Inhalt des zweiten Heftes: Lesekultur. — Die Erhaltung von Alt-Weimar. Von W. Bode. — Wagnerianer einst und jetzt. Von Richard Vatka. — August Hubler. Von Georg Frey. — Leseblätter: Aus Hermann Gesses „Unter dem Nord“. — Rundschau: Umschau. „Einer Mutter Sohn“. Hans Böhm's „Gebichte“. Schlüssel-Romane. Dresdener Theater. Antikes Theater. Umschau. Leipziger Musikleben. Gabriel Piernés „Rinderkreuzzug“. Hausseggers „Widied. Lauten-Literatur. Vom „Stilvollen“ bei Schulfesten. Zur Kenntnis Düren's. Berliner Sezession. In Sachen des neuen Urheberrechts. Noch einmal Lauffenburg. Für den Schutz der Heimat. Für die Vogelschutz-Novelle. Kunstwart-Ausstattungs-Wünsche. — Bilderbeilagen: Carlos Greife, Hamburger Hafen; August Hubler, Sitzender Christus; Conrelief mit dem Schmerzensmann; Apostel

Paulus; Apostel Johannes. — Notenbeilage: Deutsche Tabulatur für eine sechsstimmige Laute. — Von der Neuen Gesellschaft, Sozialistische Wochenhefte, Herausgeber: Dr. Heinrich Braun und Alty Braun, ist soeben das 10. Heft des 2. Bandes erschienen, das folgenden Inhalt hat: Stoffen: Die Wahl in Darmstadt. — Der Triumph des Dreiklassenwahlrechts. — Das preussische Schulgesetz. — Revidierte Diktien. — Schlesiens. — In der Uera der Skandale. — Kurt Eisner: Preussische Völkerrichts-Verbrechen. — Karl Deuthner: Der Sturz des österröchischen Wahlrechts. — Gitta Bananana-Pfeiffen: Der Kampf für Frauenstimmrecht in Finnland. — Stephan Großmann: Der österröchische Richter. — Dr. W. Wilhelm Meyer: Steine von andern Himmels- Körpern. — Eduard Wilde: Grifchas Traum. —

### Neue Chronik.

**Die Schicksale eines „Potemkin“-Matrosen.**  
Wie aus Eger berichtet wird, wurde dort ein besetzt gestellter, völlig erschöpfter Mann zur Polizei gestellt, wo sich der Fremde als Matrose des russischen Kriegsschiffes „Potemkin“ legitimierte. Ein in französischer Sprache abgefaßter Ausweis der schweizerischen Behörden besagt, daß der Matrose Swiatopollk Wassiliew Beobalborstky heißt und nach Tiflis zuständig sei. Der Matrose war mit seinen Kameraden vom „Potemkin“ in Konstanza in Rumänien ans Land gegangen und hatte sich von Rumänien aus über Serbien, Oesterreich und Italien nach der Schweiz gewendet. Von hier aus wanderte er über Süddeutschland nach Oesterreich. Er suchte eine Stellung als Kellner, konnte aber nirgends Beschäftigung finden, da er nur die russische Sprache versteht. Beobalborstky hat viel durchgemacht und ist so herabgekommen, daß er dringend der Spitalspflege bedarf. Doch konnte er im Egerer Spital keine Aufnahme finden, da nach der Spitalordnung russische Untertanen nur dann im Spital aufgenommen werden können, wenn sie im Besitze von genügenden Vermitteln zur Deckung der Verpflegungsgebühren sind. Der Matrose wurde vorläufig im Polizeiarrest in Eger untergebracht.

**Chemänner gesucht für San Francisco.**  
Infolge des großen Erdbebens sind viele junge Mädchen aus San Francisco obdachlos und schutzlos geworden. Wie aus Oakland berichtet wird, haben sich 25 junge Mädchen, die ihr Heim und ihre Habe bei der Katastrophe von San Francisco einbüßten, dorthin gewandt und ein gemeinsames Heiratsbureau eingerichtet. Ein Schaufenster an einer stark frequentierten Straße trägt ein auffallendes Plakat mit den Worten: „Zum Schutze verlassener Mädchen werden hier Chemänner gesucht.“ Auf einem andern Plakat werden junge Mädchen aufgefordert, sich dem Heiratsklub anzuschließen.

### Vereins-Kalender.

Neustädter Damen-Chor. Donnerstag den 17. d. Mts. 654

**Abend-Abendereue und Solidarität Magdeburg.** Vereint abende: Abt. Wilhelmstadt („Lilienpar“) Mittwoch; Abt. Bud („Thalia“) Donnerstag; Abt. Sudenburg („Beröster Bierhall“) Donnerstag; Abt. Neue Neustadt („Welter Tisch“) Freitag; Abt. Alte Neustadt („Krone“) Freitag.

**Burg.** Radfahrerverein Halle Burg. Jeden Donnerstag Saalfahren im Grand Salon.

### Briefkasten.

**Frau Silba, Gommern.** Die Verpflichtung zu bezahlen, Ihr Sohn. Wenn er aber nichts hat, kann ihm die Veranlassung nicht nehmen. Der Sohn kann nur soweit mit Beschlag belegt werden, er jährlich 1500 Mark übersteigt. Die Eltern sind nicht haftbar.

### Wasserstände.

+ bedeutet über, — unter Null.	
Mer. Eger und Mosbau.	
Mer. Eger	13. Mai
Jungdunzlau	+ 0.13
Damm	+ 0.12
Budweis	+ 0.09
Prag	+ 0.04

  

Innsbruck und Saale.	
Innsbruck	13. Mai
Straßfurt	+ 1.35
Welfensfeld Unsp.	+ 0.42
Erstha	+ 1.86
Wilsleben	+ 1.58
Merburg	+ 1.18
Salze Oberpegel	+ 1.60
Salze Unterpegel	+ 0.74

  

Mulsbe.	
Mulsbe.	13. Mai
Dessau	+ 0.24
Milbenbrücke	+ 0.27

  

Milsbe.	
Milsbe.	13. Mai
Barndubt	+ 0.15
Brands	+ 0.26
Melmit	+ 0.02
Veimert	+ 0.06
Wuffig	+ 0.19
Dresden	+ 1.23
Lorgau	+ 0.90
Wittenberg	+ 1.72
Moslau	+ 1.09
Barby	+ 1.36
Schönebeck	+ 1.34
Magdeburg	+ 1.31
Tangermünde	+ 1.99
Wittenberge	+ 1.94
Broda-Dmitz	+ 1.31
Quenbura	+ 1.43



**Einen Ersatz**  
für die beliebte Delikatess-Margarine Solo in Carton gibt es nicht, es sei denn beste Butter!



**Wenig brauchte Nähmaschinen**  
zum Preise von 25—60 Mk.  
**Aene Nähmaschinen** aller Systeme unter Garantie in billigster Preislage.  
**A. Rose, (Scharnhorstplatz).**  
Bestes seit 1865 besteh. Geschäft dies. Branche.  
Gewissenhafte Ausführung von Nähmaschinen-Reparaturen aller Art zu billigsten Preisen. 576

**„Zirkus-Terrasse“**  
Inh.: Aug. Runge.  
Telephon 690. Haltestelle der Ringbahn.  
Mittwoch den 16. Mai  
**Gala-Eröffnungs-Feier**  
der hier so schnell beliebt gewordenen  
**„Zirkus-Terrasse“**

**Alleinverkauf**  
unsres feinsten  
**Doppelmalzbieres**  
„pasteurisiert“ zu  
vergeben  
Bergbrauerei, Berlin N. 4

in her, 68 J. 7 M. 26 T. Privatmann Friedr. Wöbel, 78 J. 9 M. 14 T. Eudenburg, 14. Mai. Aufgebote: Graveurgeselle Paul Dito Gorskynski mit Martha Kunze Geburten: Elisabeth, E. des Abt. Franz Korte. Elisabeth, E. des Herzogs Julius Thiele. Franz, S. des Schlossers Wilhelm Kriewitz. Martha, S. des Abt. Paul Hornung. Erich, S. des Abt. Jos. Fritzenberg. Mathilde, E. des Maschinenbauers Ernst Kleine. Frieda, E. des Abt. Robert Wöhl. Albert, S. des Wärders Albert Kunath. Todesfälle: Geburten: Ludwig Röpffort, 37 J. 2 M. 10 T. Wilt, S. des Eisenrehers Mag. Solle, 2 M. 4 T. Duda, 14. Mai. Geburten: Georg Rudolf Wälder, unehel. Kurt, S. des Maschinenbauers Gustav Weingärtner. Helene, E. des Abt. Paul Grabowski. Todesfälle: Gustav Kurt, unehelich.

**Solo in Carton**  
zu vergleichen, die in Feinheit der Qualität, Frische und Wohlgeschmack unübertroffen dasteht.  
Man achte bei jedem Paket auf Garantie-datum und Siegelverschluss!  
Ueberall erhältlich.

**Wohns wäscht am besten**

**Zahn-Atelier**  
Richard Sass 506  
Nr. 56 Breiteweg Nr. 56  
Fernsprecher 4403  
Zellzahlung gestattet.  
Woche 1 Mark, monatl. 4 Mark (ohne Preiserhöhung).  
Strengste Discretion zugesichert.  
**Zahnziehen schmerzlos.**  
Spezialität: Zement-, Porzellan-, Kupfer-, Silber-, Gold-Plomben  
Zahn-Reinigung. Solide Preise.  
Aust. Logis Kreuzgangstr. 7.

**Elite-Damen-Orchesters**  
„Wiener Schönheiten“.  
Zum ersten Male in  
Magdeburg.  
Eintritt frei! Eintritt frei!  
Obige Konzerte finden täglich nachmittags von 3—7 Uhr und abends von 8 Uhr an; Sonn- und Feiertags nachmittags von 11—1 Uhr, nachmittags von 1/4—7 Uhr und abends von 8 Uhr an statt.  
Schönster Anstehalt Magdeburgs. 3941  
Neu! Neu!

**Burg Burg**  
Meine Wohnung befindet sich jetzt nicht mehr Koloniestraße 96, sondern  
**Grünstraße 4.**  
**A. Bartel**  
Schuhmacher. 3720

**Burg Burg**  
Geburten: Georg Rudolf Wälder, unehel. Kurt, S. des Maschinenbauers Gustav Weingärtner. Helene, E. des Abt. Paul Grabowski. Todesfälle: Gustav Kurt, unehelich.

**Unschön**  
ist jeder Teint mit Hautunreinigkeiten u. Hautausschlägen, wie Mitesser, Finnen, Altschindeln, Hautrötte, Gesichtspickel etc. Alles dies beseitigt die echte  
**Leerschwefel-Seife**  
v. Bergmann & Co., Radobenz mit Schutzmarke: Sternfisch.  
à Stück 50 Pf. in Magdeburg: 5. Genßich, Altmarkt 28.  
Richard Juroth, Tischlerbrüde 22.  
Wiktoria-Apothek, Kaiserstr. 94b  
In Duda: Rosen-Apothek.

**Bin bis Sonntag den 20. Mai verreist.**  
Vertreter: **Dr. Seligsohn**  
Jakobstraße 41.  
**Dr. Ernst Thesing.**

**Danksagung.**  
Für die Beweise innigster Teilnahme bei der Beerdigung meines unsterblichen Mannes, unsres lieben Vaters  
**August Schäfer**  
sagen wir auf diesem Wege unsern aufrichtigsten Dank. Insbesondere Dank seinen Mitarbeitern der Dammensbaumischen Fabrik und dem Dammensbader Länderein. Dank auch dem Herrn Pastor Stolze für die trostreichen Worte am Grabe. 3942  
Die trauernden Hinterbliebenen  
**Ww. Friederike Schäfer geb. Meier**  
nebst Kindern.

**Viktorid-Theater.**  
Mittwoch den 16. Mai 1906  
**Phix - Phix.**  
Donnerstag den 17. Mai 1906  
**Serenissimus - Abend.**  
Serenissimus: Franz Arndt.

**Standesamt.**  
Magdeburg-Mittstadt, 14. Mai.  
Geburten: Silba, E. des Kellners Friedrich Parzhauser. Kurt, S. des Kellners August Pape. Elisabeth, E. des Mechanikers Hermann Lebbin. Heinz, S. des Restaurateurs Karl Wilde. Lucie, E. des Kutschers August Pohl. Rosa, E. des Kaufmanns Friedrich Wünsch. Bruno, S. des Schuhmanns Alwin Hermann. Jürgard, E. des Geschäftsfreudens Paul Rieger. Elisabeth, E. des Hauptm. u. Komp. Chefs Wilhelm Hundrich. Kurt, S. des Kutschers Friedrich Hermann Gübner. Elisabeth, E. des Arbeiters Albert Weber. Hermann, S. des Stellmachers Hermann Buchholz. Walter, S. des Harmonikspielers Walter Eiche. Erich, S. des Postboten Friedrich Schreiber.  
Todesfälle: Pastorwitwe Anna Haupt geb. Blumner, 77 J. 6 M. 19 T. Wwe. Emma Jäger geb. Hartmann, 73 J. 11 M. 6 T. Wwe. Anna Herzberg geb. Deichmüller, 73 J. 8 M. 14 T. Katharine geb. Gahbach, Ehefrau des Abt. Heint. Weile, 71 J. 10 M. 29 T. Hofreispent a. D. Hermann Grippain, 91 J. 9 M. 29 T. Lumpenhändler Gustav Wasserfmann, 50 J. 6 T. Anna geb. Krause, Ehefrau des Kutschers Frig. Schwend, 39 J. 2 M. Schneiderin Helene Klingling, 21 J. 11 M. 24 T. Elisabeth, E. der Wwe. Marie Schulte geb. Boigt in Gr. Salze, 12 J. 5 M. Ewald, S. des Dachdeckers Robert Könsch, 4 J. 9 M. 24 T. Charlotte, unehel., 3 M. 1 T. Willi, S. des Metzlers Otto Siegmund, 15 T. Friederike geb. Lannenberg, Wwe. des Fahrmanns Will. Hofdeckers Wilhelm Stogert, 6 M.



**Trauer-Hüte**  
Blasen, Kostümstücke  
Kroppe, Fiore etc.  
in größter Auswahl  
**Lange & Münzer**  
51a Braubweg 51a

**Tüchtige Maurer**  
finden Beschäftigung 1634  
**Neubau Gr. Münzstr.**  
**Billige Portemonnaies und Zigarren-Etuis**  
Lebenswamen, im Eisenkasten beschützt, zu ganz billigen Preisen  
**Rachhandlung Volksstimme**  
Jakobstraße 49.

**Danksagung.**  
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und für die zahlreichen Franzosen beim Begräbnis meiner lieben Frau, unsrer guten Mutter  
**Marie Gürsch**  
geb. Schumann  
sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten unsern innigsten Dank. Herzlichen Dank auch den Arbeitern des Hofreispentors. Besonders Dank Herrn Prediger Dr. Meyer für seine trostreichen Worte am Sarge der teuren Entschlafenen.  
**Gustav Gürsch**  
und Kinder.  
3940

**Standesamt.**  
Magdeburg-Mittstadt, 14. Mai.  
Geburten: S. des Arbeiters Julius Pommernelle. E. des Geschäftsfreuders Otto Fiedler. S. des Lehrers Richard Hoppe. E. des Formers Friedrich Hoppe. E. des Kutschers Friedrich Wäddede. E. des Bergarbeiters Otto Koch. E. der Witwe Anna Meyer geb. Brand.  
Todesfälle: Eilf, E. des Bergmanns Otto Lindner, 5 M. 14 T. Penj. Bahumäcker Karl Schmidt, 69 J. 9 M. 11 T. Charlotte, E. des Wagners Wilhelm Herting, 8 T. Martha, E. des Schmieds Friedr. Hildebrandt, 4 J. 9 M. 20 T. Material-Ausgeber Andreas Heinemann, 53 J. 6 M. 28 T. Richard, S. des Schmieds Karl Boigt, 5 M. Johanne Rammann geb. Müller, 69 J. 9 M. 10 T.  
Burg, 14. Mai.  
Geburten: S. des Arbeiters Theodor Schröder. E. des Arbeiters Hermann Hinge. E. des Handschuhmachers Hans Knock.  
Todesfälle: Auguste geb. Wederling, Ehefrau des Dachdeckers meisters Wilhelm Schulz, 52 J. Otto Wilhelm, S. des Fleischermeisters Wilhelm Meißner, 7 M. S. des Metzlers Otto Siegmund, 15 T. Friederike geb. Lannenberg, Wwe. des Fahrmanns Will. Hofdeckers Wilhelm Stogert, 6 M.



# 2. Beilage zur Volksstimme.

Mr. 112.

Magdeburg, Mittwoch den 16. Mai 1906.

17. Jahrgang.

## Deutscher Reichstag.

102. Sitzung.

Berlin, 14. Mai, nachm. 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Kommissare.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Beratung der Novelle zum Reichsstempelgesetz.

Die Novelle macht dem Arbitrierverkehr der Börse in bezug auf den Umsatzstempel einige Zugeständnisse, unterwirft dasselbe aber in einem dem § 5 des Reichsstempelgesetzes zugefügten § 5a das Aktienkapital der inländischen Gesellschaften auch dann dem Wertstempel, wenn die Ausstellung und Ausgabe von Aktien und Interimpapieren unterbleiben ist. Nach einem von der Kommission beantragten Zusatz soll diese neue Bestimmung auch auf die beim Inkrafttreten des Gesetzes bereits bestehenden Aktiengesellschaften ausgedehnt werden. Der nachträglich zu bezahlende Stempel soll von diesen Gesellschaften spätestens am 1. Juli 1907 bezahlt.

Ein Antrag Spahn (Str.), Müller-Fulda (Str.), Wasing (natl.), Mommsen (Freis. Vg.), Dietrich (kons.) bezieht sich auf die Stempelabgaben für das vor Ablauf der Zahlungsfrist verbriefte Aktienkapital auf den nach der Herabsetzung verbleibenden Betrag.

Direktor im Reichsschatzamt Kühn erklärt, daß die verbündeten Regierungen wohl der jetzigen Kommissionsfassung zustimmen werden, da es sich jetzt nicht mehr um rückwirkende Kraft, sondern um eine Deklaration und eine Bestätigung der deklarierten Beträge handelt.

Abg. Kämpf (Freis. Vp.) wendet sich entschieden gegen die Kommissionsfassung. Tatsächlich hat die Kommission die Rückwirkung beibehalten, die die juristischen Regierungvertreter mit Recht als einen Eingriff in die fundamentalsten Rechtsgrundsätze erklärt haben. Sie hat der rückwirkenden Kraft nur ein Feigenblatt angelegt. Sollte später einmal ein Reichskommunengesetz mit rückwirkender Kraft beschloffen werden, so mag man an die jetzige Reichstagsmehrheit denken, die sich mit dieser Vorlesung als sozialistischer Boden gestellt hat, weshalb denn auch die sozialdemokratische Fraktion nach ursprünglichen Strömungen für die Kommissionsfassung stimmen will. Wir unfererseits lehnen dies unerhörte Novum in der Steuererhebung ab. (Beif. Weis. b. d. Freis.)

Abg. Müller-Fulda (Str.): Es ist gar kein Grund vorhanden, nahezu eine Milliarde Aktien, weshalb weil sie sich bisher der Steuerpflicht entzogen haben, auch in Zukunft freizulassen. (Sehr gut rechts.) Bei der jetzigen Reichsfinanznot sind auch die zu erwartenden nicht unbedeutlichen Mehreinnahmen nicht zu verschmähen. (Beif. Weis. i. Str. u. rechts.)

Abg. Mommsen (Freis. Vg.) schließt sich den Ausführungen des Abg. Kämpf an. Die Novelle stellt das ganze bisherige Prinzip auf den Kopf. Ich freue mich, daß wenigstens die Reichsregierung die Verantwortung für das Aufgeben des Grundgesetzes ablehnt, daß kein Steuergesetz rückwirkende Kraft haben soll. Man sollte sich doch hüten, wegen kumpiger 10 Millionen Mark Mehreinnahmen mit vollen Segeln in den sozialistischen Zukunftsstaat zu fahren. (Bravo! b. d. Freis.)

Abg. Dr. Arendt (Mp.) tritt für die Kommissionsfassung ein. Abg. Singer (Soz.): Wir haben von vornherein dem Gedankensystem, daß die sogenannten ungeborenen Aktien gestempelt werden sollen. Bei Schaffung des Gesetzes hat niemand an die Möglichkeit gedacht, daß Aktiengesellschaften mit 50 oder 60 Millionen gegründet würden, ohne daß die Aktien zur Ausgabe gelangen. Hätte der Gesetzgeber das vorausgesehen, so hätte er Stempelabgaben auf das Gründungsprivileg gelegt. Eine gewisse Rückwirkung kommt auch bei anderen Steuern vor, z. B. bei der Einführung einer neuen Grundsteuer. Ich freue mich, daß in diesem Falle von uns vertretene Grundzüge von der Mehrheit akzeptiert werden. Bei anderen Gelegenheiten wird freilich die Rechte nebst dem Zentrum mit der freisinnigen Volkspartei gegen das Prinzip kämpfen, das sie hier proklamiert. (Beifall b. d. Soz.)

Abg. Dove (Freis. Vg.) wendet sich gegen die Kommissionsfassung. Die Bestürzung dieser Fassung machen Ausführungen, die den Begriff der Urkunde überhaupt illusorisch machen. Nach der hier vorgebrachten Logik kann man in Zukunft auch denjenigen zur Fahrkartensteuer heranziehen, der nicht mit der Eisenbahn fährt, sondern z. B. mit dem Automobil. (Sehr gut! b. d. Freis.)

Hiermit schließt die Debatte. § 5a wird gegen die Stimmen der Freisinnigen in der Kommissionsfassung angenommen.

Es folgen Bestimmungen über die Ermäßigung des Umsatzstempels für einige Wertpapiere (Renten und Schuldverschreibungen des Reiches und der Bundesstaaten, Kugelscheine, Genußscheine, ausländische Banknoten usw.). Die Herabsetzung soll bis zur Hälfte des jetzigen Betrags gehen.

Abg. Kämpf (Freis. Vp.) und Mommsen (Freis. Vg.) beantragen Ausdehnung der Ermäßigung auf den Arbitrierverkehr zwischen den inländischen Börsenplätzen und Ausdehnung der Befreiung, die nach der Vorlage Renten und Schuldverschreibungen des Reiches zuteil wird, auf die der Gemeinden, Kreise und Provinzen und alle Börsengeschäfte, deren Objekt 600 Mark nicht übersteigt.

Abg. Graf Kanitz (kons.) beklagt den niederen Stand des Kurses der deutschen Reichs- und Staatspapiere. Was hat unser deutsches Kapital im Ausland zu suchen? Welche Aktienkapitalien sind in die Wagdabahn gesteckt worden? (Hört, hört! links.) Mit solchen Mitteln, wie der Ausgabe der winzigen Stempelabgaben, ist der Kurs der Reichs- und Staatspapiere nicht zu heben. Da ich nun andererseits gar keinen Grund sehe, warum das Reich auf diese Abgabe verzichten soll, stimme ich gegen diesen Teil der Vorlage. (Beifall rechts.)

Abg. Kämpf (Freis. Vp.): In der Tat steht der Kurs der Reichspapiere schlecht. Ist doch die eben beendete Emission einer Reichsanleihe von 500 Millionen Mark als großer Misserfolg zu bezeichnen. (Hört, hört! links.) Von einer Ueberzeichnung, von der offiziell gesprochen wurde, ist tatsächlich keine Rede gewesen. Der Finanzminister v. Meißner und andre haben die Frage der Abhilfe- mittel lebhaft erwoogen. Den Vorschlag, die Sparkasten und Lebensversicherungs-Gesellschaften zur Anlage eines großen Teils ihres Vermögens in Reichs- und Staatspapieren zu zwingen, halte ich für unpraktisch und ungerechtfertigt. Ein andres Mittel ist die hier in der Novelle vorgeschlagene Stempelfreiheit der Staatspapiere. Im Gegensatz zum Grafen Kanitz vertritt ich durchaus die Ansicht, daß dieses Privilegium tatsächlich günstig auf den Kurs der Staatspapiere einwirken wird, da ihre Käufer die Stempelabgabe sparen werden. Für unseren Antrag auf Ausdehnung der Stempelfreiheit auf die Kommunalpapiere spricht die moralische Verpflichtung des Reiches, den Gemeinden die Erfüllung der ihnen reichs- und landesgesetzlich zugewiesenen großen Aufgaben nach Möglichkeit zu erleichtern. Die Konkurrenz der Kommunalpapiere infolge der Stempelfreiheit brauchen die Staatspapiere nicht zu befürchten. Die Stempelfreiheit wird ihren Kurs heben, während der Stempel ihn senken würde. Der niedrigere Kurs der Kommunalpapiere würde ungünstig auf die Staatspapiere zurückwirken. Also das Verhältnis zwischen Staats- und Kommunalpapieren bleibt auf alle Fälle dasselbe.

Die Konkurrenz zwischen den Reichspapieren einerseits und den Staatspapieren andererseits sowie zwischen den Papieren der einzelnen Staaten läßt sich bei unserer föderalistischen Verfassung nicht beseitigen. Doch sollte man wenigstens versuchen, auf dem Wege der Verbesserung der Emissionstechnik eine gewisse Abhilfe zu schaffen. Redner verbreitet sich im folgenden über Einzelheiten der Emissionstechnik. Indem unsere Bankiers mit kleinem Gewinn große Beträge der deutschen und preussischen Fonds übernehmen, haben sie sich einer patriotischen Pflicht unterzogen. Da sollten nun Preußen und das Reich auch etwas mehr Rücksicht auf die emittierenden Bankiers nehmen und ihre Emission in einer andern Weise regeln. Die emittierenden Bankiers haben ein Anrecht darauf, nicht mit einer Kleinigkeit abgefunden zu werden.

Graf Kanitz beschwerte sich darüber, daß das deutsche Kapital nach dem Ausland geht. Ich bin umgekehrter Ansicht. Wir bekommen nach dem Geld in das Land und einen billigen Diskont, wenn wir Forderungen an das Ausland erwerben. Der Deutsche ist der geborene Industrielle und Kaufmann und es ist kein Fehler, sondern ein Vorzug, wenn die ausländische Industrie eine große Anziehungskraft auf das deutsche Kapital ausübt und deutsches Kapital und deutsche Industrie Eroberungen im Ausland machen. Uebrigens haben auch die französischen Rentiers keineswegs eine so einseitige Vorliebe für einheimische Papiere, wie behauptet wird, sondern erwerben auch recht gerne ausländische Papiere. (Sehr wahr! links.) Wir verschmähen gewiß auch kleine Mittel nicht und begrüßen insofern die Verbesserungen dieser Novelle. Aber das Grundübel ist nur dann zu beseitigen, wenn eine vollständige Reform der Börsenorganisation eintritt. Es ist eine solche angelegen sein zu lassen, bitte ich den Reichsschatzsekretär von Stengel dringend. Ich empfehle die Annahme der Kommissionsvorschläge und die Verbesserungsanträge Mommsen. (Beifall b. d. Freis.)

Abg. Wasing (natl.) bittet um Annahme der Kommissionsvorschläge unter Ausdehnung der Stempelfreiheit auf Gemeindepapiere und der Ablehnung des Antrags Arendt auf Wiederherstellung des Regierungsvorschlags, der weniger weit geht als die Kommissionsfassung. (Beifall i. Str. u. b. d. Natl.)

Abg. Dr. Arendt (Mp.) bekräftigt seinen Antrag, polemisiert gegen den Abg. Kämpf und bezeichnet den hohen Reichsbankdiskont als den tiefsten Grund des schlechten Standes der deutschen Aktien. Sollte der Antrag Kämpf angenommen werden, so bitte ich auch die Pfandbriefe der Landchaften und Hypothekenbanken freizulassen.

Abg. Mommsen (Freis. Vg.) zieht den zweiten Teil seines Antrags zurück.

Abg. Singer (Soz.) nimmt den zweiten Teil des Antrags wieder auf.

Abg. Dr. Arendt hält sein Amendement, nunmehr zum Antrag Singer aufrecht.

Ein Antrag Müller-Fulda (Str.) verlangt, dem Artikel 8 die Worte anzufügen: Dies Gesetz tritt am 1. Juli 1906 in Kraft. Abg. Kanitz (kons.) polemisiert gegen den Abg. Kämpf.

Abg. Singer (Soz.): Man könnte wirklich meinen, sich auf einem Bankertage zu befinden. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Und das sind dieselben Herren, die immer über ungebührliche Ausdehnung der Verhandlungen klagen. — Wir haben den eigentümlicherweise zurückgezogenen zweiten Teil des Antrags Mommsen wieder aufgenommen. Den Antrag Arendt dagegen lehnen wir ab. Die Hypothekenbanken dienen privatrechtlichen Interessen, während die Kommunen ihre Anleihen aufnehmen zur Erfüllung öffentlicher rechtlicher Zwecke. Es liegt also gar kein Grund vor, die Kommunalpapiere schlechter zu stellen wie die Staatspapiere. Ich glaube nicht, daß die Kommunalpapiere den Kurs der Staatspapiere drücken; auf keinen Fall aber paßt es sich für die Einzelstaaten, sich auf Kosten der Kommunen einen besseren Markt zu verschaffen. Das Reich hat die Pflicht, die Interessen der Gemeinden zu wahren, wo diese von einzelstaatlichen Interessen bedroht werden. (Bravo! b. d. Soz.)

Direktor im Reichsschatzamt Kühn: Die verbündeten Regierungen willigen in die Steuerfreiheit der Staatspapiere ein, werden aber kaum der Ausdehnung der Steuerfreiheit auf die kommunalen und Landchaftspapiere zustimmen können.

Damit schließt die Debatte. Alle Änderungsanträge mit Ausnahme des ersten Teiles des Antrags Kämpf-Mommsen (Arbitrierverkehr zwischen inländischen Börsenplätzen) werden abgelehnt; die Kommissionsfassung mit dem genannten Zusatz angenommen. Ebenso wird der Antrag Müller-Fulda über den Termin des Inkrafttretens des Gesetzes angenommen.

Eine Resolution der Kommission auf Herabsetzung des Lombardzinsfußes für Reichs- und Staatspapiere wird nach unwesentlicher Diskussion angenommen.

Es folgt die erste Lesung eines Gesetzesentwurfs über die

### Ausgabe von Reichsschatznoten

von 10 Mark (statt der bisherigen zu 50 und 20 Mark, die durch Reichsbanknoten ersetzt werden sollen).

Abg. Dr. Arendt (Mp.) beantragt Abjehung dieses Gesetzes von der Tagesordnung, weil er erst in Würde die kürzlich erschienene Denkschrift über die Ausprägung von Dreimarkstücken studieren will.

Abg. Wasermann (natl.) widerspricht dem Antrage und leugnet jeden Zusammenhang zwischen der Denkschrift und dieser Vorlage.

Gegen die Rechte wird die Beratung der Vorlage beschlossen.

Abg. Dr. Arendt (Mp.) befürchtet das Einreißen einer Zettelwirtschaft und beantragt Ueberweisung der Vorlage an eine Kommission von 14 Mitgliedern. (Beifall rechts.)

Reichsschatzsekretär Frhr. v. Stengel erklärt, daß trotz der Vermehrung der Einwohnerzahl Deutschlands um 50 Prozent die verbündeten Regierungen es ablehnen, die 120 Millionen Reichsschatznote zu vermehren, weil sie ebenjotwendig wie der Vorredner eine unjolidie Zettelwirtschaft fördern wollen.

## Dritte deutsche Kunstgewerbe-Ausstellung.

-I- Dresden, 13. Mai 1906.

Noch riecht alles nach Delfarbe; ganze Berge von Kästen und Kisten sind noch unangepackt; überall wird noch gehämmert und gezimmert. Aber die „offizielle Eröffnung“ der Ausstellung war auf Sonnabend mittags 12 Uhr festgesetzt. Und also geschah's. Der erste Vorsitzende des Ausstellungsdirektoriums, Architekt W. Löffler, hielt eine schöne Ansprache: „Alldurchsichtigster König, Großmächtigster König und Herr! Euer Majestät wollen allergnädigst geruhen, den untertänigsten Dank entgegenzunehmen für die große Guld“ usw. Wie es köstlich kaum in Byzanz gewesen sein kann. Aber da man weiß, wie es in Preußen-Deutschland mit dem Männerstolz vor Majestäten aussieht, kann man von dem deutsch-preussischen Künstlerstolz keine rühmliche Ausnahme erwarten.

Glücklicherweise kann man jetzt schon eine erfreuliche Differenz zwischen dem Stil solcher Reden und dem Stil der damit eröffneten Ausstellung feststellen. Wenn Herr Löffler ausführte: „Heute sollen sich die Pforten dieser Ausstellung erschließen, um unserm Volke einen Ueberblick über den Stand des heutigen Kunstgewerbes, ein Bild künstlerischer Gesamtwirkungen, die für unsere Zeit bezeichnend sind, zur Vorführung zu bringen“, so sind unter „unserm Volke“ zunächst jene Herrschaften zu verstehen, die über einen genügend großen Geldbeutel verfügen, um sich in den Besitz der ausgestellten Herrlichkeiten zu setzen. Dem vom Anschauen wird niemand satt. Und doch darf man ohne Uebertreibung sagen, daß die Ausstellung auch für die Arbeiterchaft von größtem Interesse ist. Was an Wertvollem, Schönem und Kostbarem zusammengelassen ist, macht nicht nur dem Geiste und dem Können dessen Ehre, der es erfand und entwarf, sondern ebenso denen, die es ausführten.

Die Ausstellung ist ein Triumph der Arbeit. Selbst das amtliche Organ unseres Oberbürgermeisters, der Ehrenvorsitzender des Ausstellungsdirektoriums ist, muß eingestehen: „Ohne selbständig, denkende, Flug auf die Gedanken des Künstlers eingehende, technisch erfahrene und in Auge und Hand geübte Arbeiter ist vielleicht eine nicht nach hohen Idealen strebende Kunstindustrie, sicher aber kein blühendes Kunstgewerbe, kein Kunsthandwerk möglich.“ Selbstverständlich hütet man sich vor der Behauptung, die Arbeiterchaft sei die Ursache der Kunstindustrie, die Arbeiterchaft sei die Ursache der Kunstindustrie, die Arbeiterchaft sei die Ursache der Kunstindustrie.

Intelligenz und des feilischen Lebens des Arbeiters, wenn man ihn in die geiststehende Iron der mechanischen Fabrikarbeit einspannt, wenn der allgewaltige „Herr im Hause“ im Arbeiter nur das Ausbeutungsobjekt, nur das Mehrwert liefernde Tier erblickt. Aber das nur nebenbei. Ebenso liegt der Wert der Ausstellung nicht darin, daß man nach der geschmackvollen Bezeichnung des offiziellen Katalogs eine Reihe von „Gebäuden für Arbeiterwohl-fahrt“ errichtet hat (der Kassenbewußte Arbeiter pflegt auf großmütige „humane“ Wohlfahrtsabzichten — er fordert und will sein Recht), oder daß man auch der Volkskunst breiten Raum ließ. Der Arbeiter wird auf dieser Ausstellung fühlen, daß er Anspruch und Recht auf Persönlichkeitskultur hat, daß er nicht nur Ausbeutungsobjekt, sondern auch Mensch ist mit der Forderung, sein Leben schön zu gestalten. Sein Heim, die Dinge des täglichen Gebrauchs sollen Kultur und Persönlichkeit zum Ausdruck bringen, das Bewußtsein muß in ihm lebendig wirken, daß er nicht zu den von den Errungenschaften der modernen Kultur ausgeschlossenen gehört, sondern daß er als der Werte Schaffende in allererster Linie ein Anrecht auf sie hat. Daß er also alle seine Kräfte anspannen muß, um die Ziele zu erreichen, die der Zugriff seiner politischen und wirtschaftlichen Kämpfe sind: eine neue Kultur mit neuen Inhalten und neuen Werten. Zwar meint das „Amtsblatt“ für Dresden richtig: „Das Streben nach echter Kunst ist auch in den ärmsten Volksklassen lebendig.“ Aber dann fährt es fort: „Gewinn schlechte gediegene Kunst auf den Charakter einfluß, macht sie das Heim traulich, so zieht sie auch ab von den niederen Erholungen und fördert Häuslichkeit und Familieninn.“ Das „Amtsblatt“ ahnt in seiner Herzensgutmütigkeit nicht, daß es mit solchen Sätzen die schlimmsten Verjüngungen der herrschenden Klassen bloßlegt: das Elend des Volkserziehungswesens, die brutalen Akte der Vergewaltigung durch kapitalistische Ausbeutung, durch die für so viele Arbeiter „Häuslichkeit und Familieninn“ vernichtet wird. Hier heißt es, anpacken und „umstürzen“. Dann kommt die ästhetische Kultur als Ausdruck neuen Lebens mit innerer Notwendigkeit ungerufen!

Die Ausstellung hat natürlich in erster Linie den Zweck, den neuen Strömungen auf dem Gebiete des Kunstgewerbes Geltung zu verschaffen, ihren Erzeugnissen Absatzmärkte zu erschließen. Gewiß wird sie Anregungen geben und auch Erfolge verzeichnen. Aber ob sie für die Gesamtheit des Bürgertums den

keinen „prächtig-prohigen vergoldeten Blumenranken-Bilderrahmen aus Gips daheim im Salon“, bei seiner ästhetischen Geschmacklosbarbarei behaglich bleiben. Denn es hat schon öfter seine Unfähigkeit, Schöpfer einer neuen Kultur zu sein, glänzend bewiesen. Das, was Künstler erjennen und träumen, Freude, Schönheit und Sonne in das Leben der Gesamtheit zu bringen, werden neue Kräfte und kommende Entwicklungen verwirklichen!

Ueber die Gedanken, nach denen die Ausstellung geworden ist, schreibt Professor Cornelius Gurkitt:

Kunstgewerbeausstellungen machte bisher zumeist die Industrie, das heißt, man schuf eine Ausstellungshalle und forderte die Industrie auf, in dieser nach einem bestimmten Plan sich Raum zu ermielen: in diesem Flügel die Möbelindustrie, dorthin die Ton- und Glaswaren usw., oder hierhin Berlin oder München, dorthin Frankfurt oder Köln. Innerhalb der Gebiete stellte der einzelne Betrieb selbständig aus, oder es schlossen sich mehrere Betriebe zu gemeinsamer Ausstellung zusammen. Das ist gewiß ein guter, sachgemäßer Vorgang. Jeder Fabrikant zeigte, was er leisten kann. Es ist das alte System der Messen, das zur weiteren Durchbildung kam, nur daß Künstler dafür Sorge trugen, daß nicht minderwertiges zur Ausstellung gelange, unterschiedliche grundsätzliche von den großartigen Gewerbeausstellungen, die beispielsweise die Leipziger Messe darstellt. Dazu kam, daß man für künstlerische Form im Vorhinein der Waren sowohl von seiten der Industrie als der Ausstellungsleitung sorgte. Die Waren erschienen als das Werk des Fabrikanten, leider nur zu oft als dessen, der ihren Vertrieb übernommen hatte, also des Händlers. Der Künstler, der sie entwarf, der Kunstarbeiter, der sie ausgeführt hatte, trat beiseite zurück. — Und da meinten die Aussteller, es sei nicht leicht so falsch nicht, wenn man einmal die Künstler die Ausstellung machen lasse, so daß sie den Raum in den Hallen zugewiesen erhalten, und daß die Künstler nun wählen, welche Fabrikanten oder welche Handwerker sie heranziehen wollen.

Diese Gedanken sind in seltener Vollkommenheit zur Ausführung gekommen. Damit selbstverständlich nicht etwa gesagt ist, daß nicht etwa auch manches Verfehlte dort zu finden ist. Die Ausstellung gliedert sich in folgende elf Abteilungen: Raumkunst, bildende Kunst, kirchliche Kunst, Friedhofskunst, Volkskunst, Techniken, Schulen, kunsthandwerkliche Einzelzeugnisse, kunstindustrielle Vorbilder, Kunstindustrie nach Materialgruppen, kunstindustrielle Maschinen und Werkstätten.

Ueber Einzelheiten, die auf das Interesse unserer Leser rechnen dürfen, werden wir in zwangloser Form kurze Berichte ver-



Abg. Ortel (nat.) bekräftigt die Vorlage und bittet den Antrag Krenndt auf Kommissionsberatung abzulehnen.

Abg. Krenndt (Frel.) hält im Einklang mit dem Reichsschatzsekretär eine Vermehrung der Reichsstaatsanleihe nicht für angebracht. Um dem Bedarfs nach Papiergeld beugehen zu können, sind die Meinen Vorkaufs geschloffen worden. Die Konsequenz ist die Eingiehung der Reichsstaatsanleihe von 50 und 20 Mark. Bei unsern 4000 Millionen Mark Goldmünzen und 800 Millionen Mark Silbermünzen ist es überbelegung, von Geldwirtschaft zu reden. Auch ich bitte, den Antrag auf Kommissionsberatung abzulehnen.

Damit schließt die Diskussion. Der Antrag auf Kommissionsberatung wird gegen die Stimme des Abg. Dr. Krenndt abgelehnt. (Gehehrteft.)

Abg. Dr. Krenndt (Frel.) beantragt Auslegung der zweiten Lesung.

Der Antrag wird abgelehnt.

Abg. Dr. Krenndt beantragt die Vertagung.

Für Unterstützung des Antrags erheben sich einige Konser-vative. Die Unterstüfung reicht nicht aus. (Gehehrteft.)

Präsident Graf Wallerem eröffnet die zweite Beratung des § 1 und schließt sie sofort, da das Wort nicht verlangt wird.

Abg. Dr. Krenndt (Frel.) bezweifelt die Beschlußfähigkeit des Hauses.

Präsident Graf Wallerem: Das Bureau schließt sich dem Zweifel an; wir müssen alle die Verhandlung abbrechen.

Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr. (Plänen-vorlage und Mantelgesetz. — Schluß 8 Uhr. —

**Vermischte Nachrichten.**

**\* Die Gefährlichkeit der Primel.** In den letzten Jahren ist eine ganze Reihe von Fällen bekannt geworden, in denen sich die Primel, die bei uns vielfach — im Freien und im Zimmer — kultiviert wird, als eine sehr gefährliche Fremdin gezeigt hat, und zwar handelte es sich bisher stets um Hautkrankheiten oder um Augenentzündungen, die auf den Einfluß der schwarzen Fäden einer bestimmten Primelart (Primula japonica) zurückzuführen waren. Daß dadurch aber auch noch ernstlichere Leiden entstehen können, geht aus einem Falle hervor, über den die Wochenchrift „Medizinische Mitteil.“ berichtet. Eine Frau im Alter von 29 Jahren litt gerade an der Influenza, als sie an einer Primel roch und gleichzeitig ihre Nase rieb. Die letztere schloß ziemlich schnell an und eine tiefblaue Färbung und eine ganze Reihe von Entzündungen wie bei Karbunkeln. Damit war es aber noch nicht abgetan; es bildete sich eine richtige Blutvergiftung heraus, die zur Schwellung beider Augenlider und zu schweren entzündlichen Zellgewebserkrankungen an verschiedenen Stellen des Kopfes führte. Wenige Tage darauf starb die Patientin unter den Erscheinungen einer heftigen Lungenentzündung, und die Sektion bestätigte die Schwere der Erkrankung. Es fand sich sogar eine Vereiterung der Lungen. Der behandelnde Arzt hatte übrigens schon vorher zwei andre ähnliche Fälle beobachtet, in denen das eine Mal ebenfalls der Tod eintrat, das andre Mal jedoch Genesung erfolgte, aber erst nach langem Siechtum.

**\* Der Rettungsdrachen.** Gestrandete Schiffe von der Küste aus durch Drachen Rettung zu bringen, ist ein Problem, das wiederholt ventiliert und auch mehrfach schon zum Gegenstand von Versuchen gemacht wurde. Neuestens hat sich, wie die „Wiener Wochenschrift“ berichtet, ein Franzose, namens Janzen, mit diesem Problem befaßt und hat den Drachen, der an und für sich immer zu sehr von der Windrichtung abhängig ist, mit einem Debiator verbunden, einem Apparat, der ins Wasser eingetaucht ist und eine Lenkung des Drachens gestattet. Die Versuche mit diesem Apparat fanden in Hoßan (an der Mündung des Gironde) statt. Die Aufgabe bestand darin, dem Dampfer „Phonnie“ ein Rettungs-seil zu überbringen. Der Dampfer positionierte sich am äußersten Ende des Hafenarmes, etwa 600 Meter von dem Punkte entfernt, von wo aus die „Metter“ zu operieren hatten. Der Wind wehte ungefähr aus Nordnordost oder Nordost ein Viertel Ost und in sehr bedeutender Stärke. Der Sturm und alle übrigen Umstände waren bergestalt, um eine andre Kommunikation mit dem Schiffe unmöglich zu machen; es war also die richtige Situation für einen detourierten Versuch. Insbesondere muß hervorgehoben werden, daß ein Streichen des durch das Schiff markierten Punktes durch den Drachen allein ausgereicht wäre. Hr. Janzen verband nun einen zweigleisigen Drachen des Systems Garraube mit einem Debiator; dieser wirkte so ausgiebig, daß der in der Windrichtung ziehende Drachen um 60 bis 70 Grad von dieser Richtung abgelenkt wurde. Die Größe der Ablenkung wurde ganz nach den Erfordernissen reguliert, und es gelang, das Rettungsseil bis zu dem Schiffe heranzubringen. Bemerkenswert ist wohl auch die ziemlich bedeutende Geschwindigkeit, mit der der Drachen trotz der starken Ablenkung und der damit verbundenen unermesslichen Bremsung seines Fluges die Strecke zurücklegte. Vier Minuten genühten nämlich zur Erreichung des einen halben Kilometer weit entfernten Schiffes. Freilich ist anzumerken, daß die Windgeschwindigkeit sehr etwa 35 Meter pro Sekunde oder noch mehr betrug. Der Versuch darf wohl als im ganzen gelungen betrachtet werden, wenn auch nicht voranzugehen ist, ob die erreichbare Ablenkung des Drachens für alle Fälle ausreichen wird.

**\* Die Hellscherin.** Fräulein Bar, eine junge Frauenperson, hatte sich jüngst vor dem Gericht zu Saint-Lazaire wegen widerrechtlicher Ausübung des ärztlichen Berufes und wegen Betrugs zu verantworten. Sie hat im Zustande des hypnotischen Schlafes zahlreiche Krankheitsdiagnosen gestellt und Medikamente verordnet. Ihre Tätigkeit war von Erfolg begleitet. Da sie jedoch die behördliche Befugnis zur Ausübung des ärztlichen Berufes nicht erworben hat, wird ihr der Prozeß gemacht. Das Übergewicht der Verhandlung scheint auf der Anklage zu liegen; wegen Betrugs zu stehen, und die Hellscherin hat es sich angelegen sein lassen, eine mysteriöse Autorität für ihre Verteidigung zu gewinnen. Dr. Baraduc, Dozent für allgemeine Biologie an der Pariser Universität, der Vertreter der von ihm selbst begründeten „biometrischen Wissenschaft“, hat als gerichtlicher Sachverständiger nachzuweisen versucht, daß Fräulein Bar keine Betrügerin sei. Das Gericht habe ihm folgende Fragen zur Beantwortung vorgelegt: Ist Fräulein Bar mit der „biometrischen“ Erfindung, genannt „Hellscherin“, ausgestattet oder nicht? Wie weit reicht diese Fähigkeit? Welches sind die Bedingungen, die diese Eigenschaft verändern oder vernichten können? Welches sind die obersten, welche die untersten Grenzen der Hellscherin? Dr. Baraduc antwortete: „Meine Studien über die Schwankungen der menschlichen Lebenskraft haben mich zu dem Resultat geführt, daß jeder Teil unseres Organismus von einer radio-activen Hülle umgeben ist, die Kraft ihrer Ausstrahlungsfähigkeit einen Einfluß auf andre Menschen ausüben kann. Man weiß, wie gewisse Personen, die bereits verbraucht sind, die Gemüthsart mit Menschen suchen, die Gesundheit ausstrahlen und ausströmen. So erkläre ich es, daß ein Hellscherin ein schwaches und krankes Menschen behält. Fräulein Bar ist ein biometrisches Instrument für die Bewegung der Lebenskraft. Sie reagiert ganz einfach die Vibrationen wie ein empfindlicher Mechanismus. Dies ist kein Betrug und enthält nichts Gehehrtes.“ Die Rede des Dr. Baraduc ist ein vollkommenes Plaidoyer für den Freispruch der Angeklagten. Das Urteil wurde noch nicht gesprochen.

**214. Königlich Preussische Klassenlotterie.**

Table with multiple columns of numbers, likely representing lottery results. Includes sub-headers like '3. Klasse', '4. Klasse', '5. Klasse'.

**214. Königlich Preussische Klassenlotterie.**

Table with multiple columns of numbers, likely representing lottery results. Includes sub-headers like '3. Klasse', '4. Klasse', '5. Klasse'.

**Königlich Preussische Klassenlotterie.**  
Veröffentlichung der Hauptausziehung vom 12. Mai 1900.  
No. 16 707 mit 16 705 gezogen.

2140000 34 105 19 25 (3000) 370 455 79 665 (500) 717 18 30 21309  
407 25 564 61 (1000) 98 242 80 346 47 99 213056 60 236 73 481  
522 704 919 72 244097 217 352 304 13 908 28 215183 230 472 (500)  
740 988 246284 534 606 833 247156 71 58 466 549 656 57 730 850 951

2140000 34 105 19 25 (3000) 370 455 79 665 (500) 717 18 30 21309  
407 25 564 61 (1000) 98 242 80 346 47 99 213056 60 236 73 481  
522 704 919 72 244097 217 352 304 13 908 28 215183 230 472 (500)  
740 988 246284 534 606 833 247156 71 58 466 549 656 57 730 850 951